

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Generalanzeiger für Stadt u. Landkreis Herford
Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Druck und Verlag von Fr. Kuhle, Herford.

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31. — Fernsprecher Nr. 83.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk., bei Postbestellung 1.35 u. Beleggeld.



Regelmäßige unentgeltliche Beilagen:
Herforder Erzähler (täglich), Am Pflug (monatlich zweimal), Haus und Hof (monatlich zweimal), Fabrik und Handwerk (monatlich einmal), Für Jäger und Naturfreunde (monatlich einmal), Mode für Alle (monatlich zweimal).

Preis der einpaltigen Kleinzeile für Stadt und Landkreis Herford, Cernhausen und Amt Rehme 12 Pfg., sonst 18 Pfg.

Nr. 7

Herford, Freitag, den 9. Januar

1914

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.
einschließlich der Beilage „Herforder Erzähler.“

Tages-Übersicht.

9. Januar.

Im weißen Saale des königlichen Schlosses wurde der preussische Landtag feierlich durch eine Thronrede eröffnet.

Im Reuterprozeß beantragte der Vertreter der Anklage den Obersten von Reuter wegen Anmaßung der Polizeigewalt freizusprechen, wegen Freiheitsberaubung zu 7 Tagen Gefängnis zu verurteilen. Leutnant Schäd sollte von der Anklage des Hausfriedensbruchs und der Freiheitsberaubung freigesprochen werden, aber drei Tage Gefängnis wegen Körperverletzung erhalten.

Auf der Zaberner Post ist eine Untersuchung wegen Unterschlagung zahlreicher Briefe an Oberst von Reuter im Gange.

Die Antwortnote des Dreibundes in der Angelegenheit der Ägäischen Inseln ist fertiggestellt und wird in London überreicht.

Die Zollsätze für Saloniki haben eine erhebliche Erhöhung erfahren.

Der oberste Rat des türkischen Kriegsministeriums ist aufgehoben worden. Die Truppe des Sultans betreffs Verabschiedung hoher Offiziere ist erschienen und ein umfangreicher Stellenwechsel zur Verjüngung des Seeoffizierskorps ist in Vorbereitung.

Auf den südafrikanischen Eisenbahnen hat der Generalstreik eingesetzt. Trotzdem sind keine Störungen vorgekommen und der Betrieb widert sich normal ab.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die albanische Deputation, die dem Prinzen zu Wied entgegenreist, um ihm die Uebernahme des Thrones anzubieten, dort eingetroffen ist.

Die Einigungsverhandlungen in der Homerulfrage zwischen der englischen Regierung und den Führern der Unionisten sind als gescheitert anzusehen.

Stimmung der Berliner Börse.

8. Januar. Die ruhige Haltung der Börse, die in der zweiten Geschäftsstunde mit einer deutlichen Abschwächung verbunden war, wich erst gegen Ende einer allgemeinen Befestigung. Die Meldung von der Herabsetzung der Londoner Diskontrate übte einen wesentlichen Einfluß auf ihren Verlauf nicht aus. Der Kassamarkt zeigte geteilte Tendenz. Von Montanaktien, die in der Mehrzahl um 1/2 Prozent anogen, sind insbesondere die Kurssteigerungen von Bochumer um 1 1/2 Prozent, Phönix und Gelsenkirchener um 1 Prozent erwähnenswert. Schiffahrtsaktien notierten im allgemeinen etwas unter dem gestrigen Stand. Auch Elektrizitätsaktien waren zum Teil abgeschwächt. Deutsche Anleihen lagen ruhig, 4prozentige und 3prozentige Konfols zogen 0,10 Prozent an, 3 1/2prozentige Konfols ließen ebenfalls nach. Tagesliches Geld stellte sich auf 2 1/2 à 2 Prozent. Der Privatdiskont wurde unverändert mit 3/4 Prozent notiert.

Landtagsanfang.

Man kann nicht sagen, daß man der Eröffnung des preussischen Landtags mit großer Spannung entgegen sah. Es stand seit langem schon fest, was ungefähr sein Arbeitspensum sein werde, man wußte, was er zu tun und nicht zu tun haben werde. Nun hat auch die Thronrede bestätigt, daß Neues nicht zu erwarten sei, daß vor allem die Wahlrechtsfrage von seiten der Regierung nicht aufs neue aufgerollt werde. Man hatte dieser inhaltlich uninteressanten Thronrede die letzte Anziehungskraft dadurch genommen, daß sie vom Reichskanzler verlesen wurde und nicht vom Kaiser. Der, wie die Berichte sagen, von Berlin abwesend ist. Er ist nämlich in Potsdam, was im allgemeinen für ihn keine Abwesenheit von Berlin bedeutet. Vielleicht haben diejenigen Recht, die sein Fernbleiben dadurch erklären, daß die Thronrede kein Wort von der Wahlrechtsreform enthält, und man diese Rinde nicht dadurch besonders dem König zur Last legen wollte, daß er persönlich die Rede ables.

Drei besonders umfangreiche und wichtige Aufgaben stellt die Thronrede dem neu gewählten Landtag. Erstens die Aufbesserung der Befoldung einzelner Beamtengruppen, besonders der unteren,

zweitens das Gesetz, das eine Neuordnung des Rechtes der Fideikommiss besetzt und drittens ein Grundteilungsgezet, das, nach den Worten der Thronrede, der unwirtschaftlichen Zerstückelung landwirtschaftlicher Grundstücke entgegengetreten, auf der anderen Seite aber die Teilung solcher Grundstücke zur Förderung der inneren Kolonisation erleichtern soll, was, nebenbei gesagt, für ein einzelnes Gesetz ein ziemliches Kunststück ist. Die Aufseherung der Beamten wird jeder warm begrüßen, der das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen der niederen Staatsbeamten und der Steigerung aller Lebenserfordernisse betrachtet. Die Absicht allein erlaubt aber hier noch kein Lob und keinen Tadel, sondern hier kommt es einzig und allein auf das Wieviel an. Eine ungenügende Erhöhung dieser lediglich auf ihr unveränderliches Gehalt angewiesenen Männer wäre sogar schädlich, weil sie eine spätere ausreichende um so länger hintanhaltend würde. Eine Neuordnung des Rechtes der Fideikommiss soll, wie die Thronrede sagt, an Stelle des bestehenden, unübersichtlichen Rechtszustandes ein einheitliches, der Entwicklung des Wirtschaftslebens entsprechendes Recht setzen. Wenn man so hört, möchte man leicht flingen! Wegschaffung unübersichtlicher Gesetze ist immer gut. Aber eine solche Neuordnung würde offiziell den Wert und die Berechtigung der Fideikommiss beständigen, die denn doch sehr umstritten sind und eine der erheblichsten Standesvorrechte darstellen in einem Land, dessen Verfassung eigentlich die Standesvorrechte verwirft. Der dritte Gesetzesentwurf, der sich mit der inneren Kolonisation beschäftigt, kann nach der Thronrede gar nicht beurteilt werden. Es ist schon gesagt worden, daß er zwei Absichten dienen soll, die sich kaum vereinbaren lassen. Einmal für Erhaltung großer Güter, das andere Mal für Verteilung großer Güter, das bleibt vorerst ein Rätsel, das der Entwurf erst lösen muß. Schließlich seien noch die Entwürfe zum Wohnungsgesetz und zur Verbesserung des Abgabewesens der Gemeinden erwähnt, die ebenfalls beide den Anforderungen der heutigen Entwicklung Rechnung tragen wollen.

Der hauptsächlichste Eindruck von der Tätigkeit des Landtags, der dieser Thronrede entsprechend arbeiten soll, ist der: keine unerwarteten Uebertragungen, aber vielleicht verdienstvolle Kleinarbeit für einzelne Bevölkerungsschichten. Seine Tätigkeit ist mehr verwaltungsrechtlicher Natur, als politisch, trotz der sichtbaren Spitze, die das Gesetz gegen die Zerstückelung großer Güter gegen die Polen hat, die durch solche Grundteilung schon manche Gegenden in ihrem Sinne bedrückt haben. Die bereits angekündigte Interpellation wegen der Thronbesteigung Herzog Ernst Augusts in Braunschweig wird trotz mancher weislichen Taktlosigkeit milde ausfallen, seit die ganze Entwicklung ein Aufblauen der antipreußischen Agitation anzeigt. Daß von der Linken eine Interpellation wegen der Affäre des Berliner Polizeipräsidenten von Jagow erfolgen wird, kann man als sicher annehmen, wenn auch noch kein öffentlicher Beschluß vorliegt.

Eines aber macht auch dem verhärteten Politiker jedesmal bei Eröffnung des preussischen Landtags Freude, das ist die Finanzlage der Monarchie. Immer ist ein Ueberfluß da (diesmal 29 Millionen) und die Eisenbahnverwaltung hat immer ein ordentliches Pöfchen (diesmal 173 Millionen) zum Zurücklegen. Allerdings, die Steuern werden darum nie geringer und der Finanzminister Lenke bedauerte in seiner Staatsrede, auch diesmal auf die Steuerzuschläge nicht verzichten zu können. Aber der Etat balanciert und zwar nicht künstlich. Das ist mehr, als die meisten Staaten der Welt von dem ihren sagen können. Daß fernerhin kein Eingriff des Reichs in die Besteuerungen stattfinden werde, ist wohl mehr eine fromme Hoffnung Herrn Lenkes als absolute Sicherheit, und seine Behauptung, das Volk habe den Wehrbeitrag mit großer Freudigkeit bezahlt, wird manchem ungläubigen Lächeln begegnen. Aber auch sie stammt wohl aus dem heitern Optimismus, den man einem Finanzminister nicht verargen kann, der einen so wohl fundierten Staatsfackel wie den preussischen vertreten kann.

Der Beginn der Landtagsession.

Die Thronrede im Weißen Saal des königlichen Schlosses, mit der der Landtag eröffnet wurde, wurde

vom Reichskanzler verlesen. Ein Grund, das Interesse wesentlich abzuwachen. Sie war sachlich und nüchtern, wie immer, seit Herr von Bethmann Ministerpräsident ist. Im Abgeordnetenhause, wo die Volksboten sich gegen 2 Uhr versammelten, herrschte freundliche Begrüßung unter allen ohne Unterschied der Partei, als ob man sich nie in diesen Manern befehdet hätte. Man kannte die neuergewählten Mitglieder schon von der kurzen formellen Sommeression her und wünschte sich Profit Neujahr. Behaglichkeit herrschte. Warum auch nicht: ein Grund zur Aufregung war noch nicht gegeben, und was Herr Dr. Lenke sagen würde, wußte man schon ungefähr. Die preussischen Finanzen stehen gut. So ist es auch in diesem Jahre, und bevor die Diskussion der Einzelheiten nicht die entgegengesetzten Interessen der Parteien wachst, ist kein Anlaß zur Erregung gegeben. Nach 2 Uhr verlas Herr Dr. Lenke, zuerst ohne, dann mit Erfolg, sich in dem heiteren Stimmungswirbel durchzusetzen, um das Hoch auf den Kaiser auszubringen, in das das Haus kräftig einklang. Dann sprach Dr. Lenke, kurz, knapp, überflüssig gab er ein Bild der allgemeinen Lage und seinen Hoffnungen für die Zukunft Ausdruck. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß es trotzdem der Regierung nicht möglich sei, auf die Steuerzuschläge zu verzichten, was mit gemischter Freude aufgenommen wurde. Er wandte sich dann der Reichsfinanzangelegenheit zu. Lobte die Opferbereitschaft des deutschen Volkes, die sich beim Wehrbeitrag bewiesen habe und ging dann näher auf die Besteuerungen ein, um sich schließlich mehr und mehr mit den Ziffern des Etats zu beschäftigen. Eine anerkanntswürdige Gedächtnisleistung, da er ohne Konzept sprach. Unmäßiglich bemühte sich der Abgeordnete eine Mäßigkeit, die ja durch Zahlen stets hervorgerufen wird und die gerechtfertigt ist durch die umfangreichen Drucksachen, in deren Studium sich die Herren in den nächsten Tagen werden vertiefen müssen. Nachdem Dr. Lenke geschlossen hatte,

entstand noch eine kurze Meinungsverschiedenheit wegen des Beginns der nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfinden wird. Der Präsident schlug wegen der Dringlichkeit des Etats 10 Uhr morgens vor, was trotz des Widerspruches der Linken angenommen wurde.

Mandatverzicht des Grafen Mielzynski. Graf Mielzynski hat nun doch die Entscheidung des Reichstages über die Fortsetzung der Strafverfolgung auch nach Wiederauftritt des Parlamentes nicht abgewartet, sondern sein Mandat niedergelegt. Den Polen war es allmählich doch peinlich geworden, daß einer ihrer Abgeordneten unter Mordverdacht hinter Schloß und Riegel saß, und dem Drängen seiner Volksgenossen hat dann offenbar der Graf nachgegeben und das Mandat niedergelegt. In dem Wahlkreise Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornik ist nun eine Reichstagsnachwahl nötig geworden. Im Januar 1912 siegte Graf Mielzynski mit 15 857 gegen 13 164 konervative und 1084 sozialdemokratische Stimmen. Steht auch ein polnischer Wahlsieg nicht über allen Zweifeln erhaben, so ist es doch unwahrscheinlich, daß es den Deutschen gelingt, den Sieg davon zu tragen. Seit 1874 haben die Polen das Mandat inne und wenn das nächtliche Drama, dessen Held Graf Mielzynski war, gerade nicht zur Stärkung des Polentums beigetragen haben wird, so ist doch die Disziplin der polnischen Wähler so stark ausgeprägt, daß sie zweifellos alle Verstimnungen hintanstellen werden und alles tun werden, um dem Polentum das Mandat von Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornik zu erhalten.

Neueste Nachrichten.

Der Kronprinz beim Reichskanzler. Berlin, 9. Januar. Der Kronprinz stattete, wie erst jetzt bekannt wird, am Mittwoch dem Reichskanzler einen längeren Besuch ab.

Eine ungeheuerliche Behauptung. Straßburg, 9. Januar. Eine ungeheuerliche Behauptung veröffentlicht die „Straßb. Neue Ztg.“ über den Oberkriegsgerichtsrat Medicus, der am Sonnabend in der Revisionverhandlung gegen den Leutnant von Forstner Verhandlungsleiter sein wird. Nach der Behauptung des genannten Blattes soll Oberkriegsgerichtsrat Medicus dieser Tage erklärt haben: „Am Donnerstag wird Oberst v. Reuter freigesprochen und am Samstag spreche ich Leutnant v. Forstner frei.“ Die Verantwortung für diese Behauptung muß natürlich dem genannten Blatte überlassen bleiben.

Berlin, 9. Januar. Wie der Straßburger Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“ erfährt, hat Oberkriegsgerichtsrat Dr. Medicus den Vorstoß in der Berufungssache v. Forstner niedergelegt.

Eine Sufarenischwadron in Zabern bereit. Köln, 9. Januar. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Straßburg: In der gestrigen Sitzung des Landtages stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Böhle folgende kurze Anfrage an die Regierung: Ist es der Regierung bekannt, daß gestern abend in Zabern eine Schwadron Sufaren bereitgestellt war, um bei eventuellen Unruhen einzugreifen?

Unterstaatssekretär Mandel: Nach den Befestigungen der Offiziere und besonders des Leutnants von Forstner war eine Schwadron Sufaren während der Dauer der Militärgerichtsverhandlung im Einberufen der hiesigen Militär- und Zivilbehörden bereitgestellt worden. Die Schwadron soll bereit sein, für den Fall der Requisition durch die Zivilbehörden Ruhe zu stiften. Ruhe und Ordnung müssen aufrechterhalten werden, besonders in der Hauptstadt des Landes, die zugleich eine wichtige Grenzfestung ist. Wir hoffen von dem gesunden Sinn der Bevölkerung, daß sie eine solche Haltung beweisen wird, daß ein Eingreifen nicht nötig ist.

Der Nürnberger Magistrat gegen die Franziskaner. Nürnberg, 9. Januar. Der Magistrat der Stadt Nürnberg beschloß in Sachen des der Stadt-

gemeinde ausgeführten katholischen Religionsunterrichts in den städtischen Volksschulen durch Franziskanerinnen der Regierung mitzuteilen, daß dieser Unterricht nach Ablauf einer bestimmten Zeit nicht mehr aus dem Stadtkädel bezahlt werde. Die Stadtverwaltung will wieder, wie früher, Weltgeistliche anstellen.

Eine Herztastammer gegen die Lourdeswallfahrten.

München, 9. Januar. Die oberbayerische Herztastammer ersuchte die Regierung, der Lourdespropaganda die im hygienischen und volkswirtschaftlichen Interesse gebotene Aufmerksamkeit zu schenken.

Blutiger Kampf zwischen Zollbeamten und Schmugglern. Salzburg, 9. Januar. Eine achtköpfige Schmugglerbande wurde an der bayerischen Grenze im Mühlenviertel von Zollbeamten überrascht, als sie Saccharin und Tabak über die Grenze schmuggeln wollten. Es kam zu einem blutigen Kampf. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen. Zwei Zollbeamte wurden schwer verletzt, ein Schmuggler getötet und drei kampfunfähig gemacht.

Eine Touristengesellschaft vom Schneesturm verschlagen. Genf, 9. Januar. Eine aus 5 Personen bestehende Touristengesellschaft, die aus St. Gergod im Kanton Waadt bei furchtbar schlechtem Wetter mit Stieren eine Besteigung der Dohle unternommen hatte, kehrte nicht zurück. Von zwei Hilfskolonnen, die sofort ausgesandt wurden, kam eine resultatlos zurück, die andere mußte infolge des herrschenden Schneesturmes eine Schutzhütte aufsuchen. Gestern wurde das Rettungswerk wieder begonnen und man fand die Gesellschaft an dem nördlichsten Punkte der Dohle in einer selbst erbauten Schneehütte halb tot vor. Die 5 Touristen wurden nach St. Gergod gebracht, wo man hofft, sie am Leben zu erhalten.

Heuschreckenplage in Ägypten. Kairo, 9. Januar. In der Nähe von Assuan sind in den letzten Tagen ungeheure Heuschreckenplagen beobachtet worden, die sich dem Nilbecken zu bewegen. Die Behörden treffen alle Vorbereitungen, damit nicht wieder Verwüstungen wie im Jahre 1904 eintreten können.

Herford und Minden-Ravensberg.

9. Januar.

Ein neuer Weg zur Bekämpfung der Leutenot in der Landwirtschaft.

Vortrag des Dipl. Landwirts Voher im Landwirtschaftlichen Kofalverein Herford.

Außerordentlich zahlreich hatten sich die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Kofalvereins und sonstige Interessenten eingefunden, welche gekommen waren, um sich von einem Redner des Fürstentums für deutsche Rückwanderer über die Möglichkeit belehren zu lassen, deutsche Kolonisten aus den deutschen Bauernkolonien in Rußland wieder nach Deutschland zu ziehen. In 1½ stündigem Vortrage, der in seinem zweiten Teile durch Lichtbilder erläutert wurde, gab der Redner ein Bild von den Zuständen in diesen deutsch-russischen Kolonien an der Wolga, auf der Halbinsel Krim und in Wolynien. Zunächst waren diese Siedlungen von der russischen Regierung eifrig gefördert worden, da sie wohl erkannte, welche wertvollen Kulturdünger sie damit in das Land hineinbrachte. Man gewährte den Kolonisten Steuerfreiheit, Militärdienstfreiheit und erweiterte Selbstverwaltung. Das Hervorstechende gegenüber dem früher in Rußland noch allgemein herrschenden Agrarkommunismus war, daß gerade in diesen deutschen Kolonien das Einzelgütertum bei weitem vorherrschte. Im Allgemeinen gab man den Kolonisten etwa 65 Hektar, den Handwerfern 15 Hektar als Privateigentum. Doch blieb immer noch eine größere Landfläche Gemeindegut, dieses wurde verpachtet und von dem Kapital wieder neue Siedlungskolonien für jüngere Söhne angelegt. Jedoch nahm mit der wachsenden Bevölkerung auch die Zahl der Landlosen erheblich zu und neben den Eigentümern tritt der Pächter, vor allem auf der Halbinsel Krim und in Wolynien. Mit dem Erstarken des russischen Nationalbewusstseins war es aber auch zu Ende mit der Regierungsgünstigung. Der Slave betrachtete den deutschen Ansiedler als Fremdling, der ihm noch dazu das Siedlungsland wegnahm, man wandte sich an die Regierung und von dem Moment an war es den Deutschen in jenen Gegenden unmöglich gemacht, noch weiteres Privateigentum zu erwerben, die Steuerfreiheit fiel fort, die allgemeine Wehrpflicht trat auch sie und die Selbstverwaltung wurde ganz erheblich eingeschränkt. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Rußisch-Polen, wo in den Städten sehr starke deutsche Kolonien liegen, zählt doch die Stadt Lodz über hunderttausend Deutsche! Auf dem Lande saßen sie sowohl als Eigentümer, als auch als Pächter und einfache Landarbeiter. Und da sie sich teilweise im Lande nicht ernähren konnten, zog und zieht ein Teil von ihnen noch als Saisonarbeiter in die Fremde. Sie sind sehr scharfen Anfeindungen durch die polnische Bevölkerung ausgesetzt und es ist sehr fraglich, ob sie sich ihre deutsche Nationalität erhalten werden oder nicht Gefahr laufen, allmählich polonisiert zu werden. Im Allgemeinen haben sie sich ja ihr Deutschtum außerordentlich rein erhalten und werden hierin bestärkt durch ihr patriotisches Festhalten am Altvererbten, durch ihre tiefe Religiosität und den starken Rechtsinn, der in ihnen lebt. Interessant ist, wie ein Urteil Professor Broderows sie in der „Zag“ als eine Art Fremdkörper im russischen Lande betrachtet, als starke Hemmnisse des Vordringens der slavischen Kultur, sodas das Urteil wesentlich an das des Tacitus über die alten Germanen erinnert.

Mit den zunehmenden Anfeindungen entstand dann unter diesen Deutschen eine lebhaftere Bewegung, die sie zur Auswanderung trieb. Hauptächlich nach den transatlantischen Ländern ging ihr Weg und dort wurden sie als wertvolles Kulturmateriel mit offenen Armen empfangen. Amerika, besonders Kanada, hat schon viele Tausende angesehelt. Erst langsam erinnerte sich das eigene Mutterland dieser Kinder in der Ferne, obwohl es so nahe lag, ihrer zu gedenken, ist doch die Landarbeiterfrage hier in Deutschland so außerordentlich brennend, Landflucht und Leutenot gehen nebeneinander her und gerade diese deutschen Kolonisten waren die geeigneten Leute, hier abzuholen. Es ist ein unerträglich Zustand, daß Jahr für Jahr mehrere Hunderttausende ausländische Saisonarbeiter ins Land geholt werden, um die zu erledigen, welche die Industrieabschlüsse angezogen haben. Es sind unerwünschte Elemente, vom nationalen Standpunkt außerordentlich bedenklich. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte ist es falsch, daß Millionen von Marken dadurch jährlich ins Ausland wandern. Es ist ein töpferlicher Notbehelf, der dem Vaterlande nur schadet, ein schweres soziales Übel. Abhilfe kann nur ein leistungsfähiger, ländlicher Arbeiterstand schaffen, der auf kleinem Eigentum stehend, das Land bewirtschaftet. Groß würden auch die Schwierigkeiten mit den ausländischen Arbeitern werden bei kriegerischen Verwicklungen. Schon jetzt bedeuten sie einen Hemmschuh bei Abschluß von Handelsverträgen. Neuerdings will Rußland ja sogar einen Ausfuhrzoll erheben! Außerdem: wie lange werden wir bei der zunehmenden inneren Kolonisation und Zivilisation der slavischen Länder noch diese Gisse haben?

Wie aber der Leutenot auf dem Lande abhelfen? Von dem Lande können die Arbeiter in die Städte, andererseits sind die städtischen Arbeitslosen zu ländlicher Arbeit wenig geeignet. Da will der Fürstorgerevereine abhelfen. Seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1909 hat er sein Augenmerk darauf gerichtet, diese russischen Rückwanderer im alten Mutterlande unterzubringen und jetzt liegt die Sache bereits so, daß er ein Ueberangebot an Arbeitern hat, seitdem durch ein einheitliches Vorgehen die notwendigen Grundlagen geschaffen worden sind. Er setzt jetzt durch planmäßige Propaganda alles daran, die Leute in Rußland für Deutschland wiederzugewinnen. Aufklärungsarbeit treibt er in den Kolonien in allererster Linie, im Lande bereitet er die Unterfuhr der Wanderer vor, regelt Angebot und Nachfrage und sucht den Interessen beider Teile möglichst gerecht zu werden. Nachdem er zunächst besitzlose Landarbeiter eingeführt hat, welche in Osten ihren Platz gefunden, beschäftigt er sich jetzt auch damit, kleine Pächter mit einigen Geldmitteln nach Deutschland zu ziehen und hat hierbei ganz besonders an die Gebiete gedacht.

Wo das Feuerlingswesen zu Hause ist. Westfalen und Hannover. Hier wäre sicherlich manchen Bauern, der keine Arbeiter finden kann, zu helfen und mancher kleine Pächter könnte sich hier heraufarbeiten. Die Bezugsbedingungen sind vorher festgelegt und der Kontrakt wird unterzeichnet, bevor die Leute die Reise antreten. Der Verein arbeitet nicht teurer, als die Ko-

sten für die Heranziehung von Saisonarbeitern betragen. Er gibt auch eine Art Kontraktbruchversicherung, sowie Anleitung zur Eingewöhnung und steht beiden Teilen mit Rat und Hilfe zur Seite. Bislang hat er rund 4000 Familien mit 21.000 Köpfen eingeführt, darunter 2300 Familien als Landarbeiter. Auf die einzelnen Provinzen verteilen sich die Einwanderer folgendermaßen: In Ostpreußen 432 Familien, in Westpreußen 263, in Posen 113, in Schlesien 154, in Brandenburg 243, in Pommern 334, in Schleswig-Holstein 333, in Mecklenburg-Schwerin 71. Die übrigen Landesteile sind noch weniger stark beteiligt, doch macht sich jetzt überall ein lebhaftes Interesse für die ganze Angelegenheit geltend.

Satz überall hat man mit den Ansiedlern gute Erfahrungen gemacht. Ist der Uebergang für die Leute ja auch schwer, so gewöhnen sie sich, wenn man ihren bestehenden Wünschen etwas entgegenkommt, sehr leicht ein und ziehen, wenn es ihnen dort gefällt, wohl viele Verwandte nach sich, die dann auch in der Gegend unterzukommen suchen. Es ist wichtig, daß immer mehrere Familien an einem Orte angesiedelt werden, da sie sonst gar zu leicht das Heimweh befallen. Sie bringen den deutschen Verhältnissen großes Vertrauen entgegen und wollen sich gern für alles festhalten machen.

Notwendig ist es allerdings, daß diese Vereinsarbeit von den Landwirtschaftlichen Vereinen und den Landwirtschaftskammern unterstützt wird. Wie schon erwähnt, richtet der Verein jetzt seine Aufmerksamkeit ganz besonders auf Westfalen, wo bei dem hier bestehenden Generalzwangsverhältnisse für viele Kleinrentner Gelegenheit geboten ist, sich als Pächter einigermaßen selbstständig zu machen. Sätze der Landwirte ist es jetzt, an den Verein heranzutreten und den Versuch zu wagen.

Die gezeigten Bilder gaben einen Einblick in die Kolonistendörfer in den verschiedenen Teilen Rußlands, in denen teilweise großer Wohlstand herrscht. Schöne Kirchen, Schulhäuser und Gehöfte reichen den Orten zur Zierde und wenn auch rein äußerlich in Kleidung und Gebrauchswerkzeugen die Ansiedler manches von den russischen Nachbarn angenommen hatten, die Gesichtstypen, die man sah, waren rein germanisch und kein einziger Zug war vorhanden, der von Vermischung mit slavischen Blut sprach. Weitere Bilder zeigten Ansiedlungen von Rückwanderern in Deutschland.

An den Vortrag schloß sich, nachdem sich der wohlverdiente Beifall gelegt, eine lebhaftere Diskussion. Der Vorsitzende des Kofalvereins, Vorgesetzter Dering, erläuterte des besseren Verständnisses halber die westfälischen Generalzwangsverhältnisse, worauf Herr Voher erklärte, daß dieselben für die Ansiedelnden außerordentlich günstig erscheinen. Er weist darauf hin, daß die Arbeit des Vereins von der westfälischen Landwirtschaftskammer mit 1500 M. unterstützt wird und daß für später die Anstellung eines befähigten Beamten für die Provinz seitens der Kammer ins Auge gefaßt ist, nachdem die Versuche, einen gemeinsamen Beamten für Westfalen und Hannover anzustellen, gescheitert sind.

Kolon Vindemann schlägt vor, die Sache in einer späteren Versammlung zu besprechen. Vorher soll sich aber jeder schärfen werden, ob und wieviel Familien er eventuell annehmen will, damit dann die Arbeit glatt vonstatten geht. Herr Jürgensmann weist auf einen Fall hin, wo im Jahre 1895 von der Glasfabrik Porta Westfalica eingeführte Arbeiter von der Bevölkerung außerordentlich mißtrauisch und direkt feindselig behandelt wurden, doch reifste Professor Neumann diese Haltung der Bevölkerung mit der Tatsache, daß es sich um Streikbrecher handelte. Er ist der Ansicht, daß es möglich sein wird, mit diesen Leuten die jetzt leer stehenden Gewerkschaften wieder zu besetzen. Die westfälischen Landwirte würden den Ankömmlingen Vertrauen entgegenbringen, denn mit was für Gefindel der Landwirt oft zu arbeiten gezwungen sei, beweise der Fall des Kambrobers Sternfeld, der lange unerkannt sich bald hier, bald dort bei den Bauern verdingte und dann eine Morde ausgeführt habe. Man müsse mit dem Verein arbeiten, dann werde etwas erprobliches dabei herauskommen.

Der allgemeine Eindruck der Versammlung war der, daß hier eine hochbedeutende Bewegung eingeleitet worden ist, durch die der westfälischen Landwirtschaft großer Nutzen erwachsen kann und von diesem wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus ist es mit Fremden zu begrüßen von jedem, der aufrechtliches Interesse für die Landwirtschaft hegt, einerlei ob er in der Stadt oder auf dem Lande sitzt. Auch von nationalen Gesichtspunkten ist es hocherfreulich, wenn an Stelle des unzuverlässigen ausländischen Gewerkschaftsmaterials ein leistungsfähiger, selbständiger Landarbeiterstand tritt, in dessen Adern deutsches Blut rollt und der sich nicht von dem Zuge nach der Stadt mitreißen läßt, sondern in Frieden seine und des größeren Bauern Scholle bebaut. E.K.M.

Herzge und Krankenkassen.

Auf dem Wege zum Frieden.

Die getrigen Einigungsverhandlungen, die unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Werner stattgefunden haben, versprechen, wenn nicht alles täuscht, einen sicheren Erfolg. Beide Parteien sind einander wesentlich näher gekommen. Wenn auch nur ein vorläufiger Friede abgeschlossen wurde, der bis zum 1. Februar dauern soll, ist doch anzunehmen, daß bis dahin eine dauernde und endgültige Verständigung erzielt sein wird. Die Streitpunkte werden bis dahin, daran zweifeln wir nicht, erledigt sein. Die Öffentlichkeit wird mit dem Gange der Dinge zufrieden sein. Denn auch der Unbeteiligte war sich darüber klar, daß die gegenseitigen Wirkungen der Sozialgesetzgebung voll nur in Kraft treten können, wenn alle Teile einträchtig an der Erreichung dieses schönen Ziels arbeiten. Und welche Gruppen sind wohl mehr aufeinander angewiesen als Herzge und Krankenkassen. Das amtliche Protokoll über die getrigen Verhandlungen lautet:

Auf Einladung des hiesigen Versicherungsamts fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Werner gestern eine dreistündige Sitzung der Vorstände von 14 Krankenkassen statt, die sich mit der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung befaßte.

Es wurden nach lebhafter Debatte folgende Vereinbarungen getroffen, die von den später zuge-

zogenen Vertretern der Herzge angenommen wurden.

Mit den in der Stadt Herford ansässigen Herzgen wird ein bis zum 1. Februar cr. gültiges Provisorium geschlossen mit der Maßgabe:

1. Die ärztliche Behandlung sämtlicher Mitglieder der Krankenkassen wird mit dem morgigen Tage seitens der Herzge wieder aufgenommen.
2. Eine neue Zuweisung an Nichtärzte darf seitens der Krankenkassen nicht stattfinden, wohingegen die am heutigen Tage in deren Behandlung befindlichen Mitglieder auf Wunsch der Herzgen von den Nichtärzten bis zur Genesung weiter behandelt werden dürfen.
3. Für die demnächst abzuschließenden Verträge sollen folgende Abmachungen als Grundlage in Aussicht genommen werden: Die Honorars der Herzge werden unter Zugrundelegung der alten Vertragsätze nach Leistungsfähigkeit der Kassen berechnet, wobei als Durchschnittsmaßstab anzunehmen ist, daß die Gesamtausgaben der ärztlichen Honorare in einem Jahre: bei 1 Proz. Beiträgen 35 Proz. bei 2 Proz. Beiträgen 30 Proz. bei 3 Proz. Beiträgen 25 Proz. bei 4 und mehr Proz. Beiträgen 20 Proz. der Gesamtbeitragsentnahmen nicht übersteigen.

Wird dieser Prozentsatz überschritten, so müssen sich die vertragschließenden Herzge einen proportionalen Abzug gefallen lassen.

4. Während der vertragslosen Zeit sollen für die Krankenkassen, welche dem Krankentafel ausüben, die vor dem 1. Januar bestandenen Honorarsätze in Rechnung gestellt werden. Für alle übrigen Krankenkassen soll dem neuen Vertrag rückwirkende Kraft beigelegt werden.
5. Der Vertragsabschluß soll mit jeder Kasse besonders erfolgen, doch soll über die grundlegenden Bedingungen in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Krankentafelvorstände am Donnerstag, den 15. cr. beraten werden.

Minden-Ravensberg im Etat.

In den nunmehr veröffentlichten Etat des preussischen Staats ist Minden-Ravensberg im Etat des preussischen Staats mit einer ganzen Reihe von Positionen vertreten. Herford selbst allerdings nur mit einer einzigen Forderung. Es handelt sich um eine Gewerbeinspektionsassistentin, welche die Aufsicht über die Heimarbeiterinnen in der Wäsche- und Konfektionsbranche, sowie über die männlichen und weiblichen Arbeiter in der Zigarrenfabrikation zu führen hat. Derartige Beamtinnen gibt es bislang in Preußen vielleicht ein gutes Duzend, in Bielefeld ist eine solche angestellt seit etwa einem Jahr, allerdings mit anderen Aufgaben.

Im übrigen finden wir eine Reihe von eingesehten Posten, welche von Interesse sind. Uns Herforder interessiert besonders die vierte Rate von 200.000 M. für die Erweiterung des Bahnhofes Löhne. Weiter sind festgelegt: 50.000 M. zur Herstellung eines Vorbahnhofes auf Bahnhof Bielefeld. In den letzten Jahren sind besonders seit der Inbetriebnahme der besonderen Gütergleise zwischen Bielefeld und Brackwehe hat sich der Güterzugverkehr auf dieser Strecke so gesteigert, daß die Gleisanlagen des Bahnhofes Bielefeld nicht mehr ausreichen. Besonders fehlt es an Ueberholungsstellen, auf denen die in Bielefeld zu rangierenden Züge während der Durchfahrt der Ferngüterzüge Platz finden können, ferner ein neues Ausziehgleis und ein Aufstellgleis, die bei dem wachsenden Verkehr der benachbarten Gleisanlagen nötig sind. Geplant ist zur Vervollständigung der Gleisanlagen die Herstellung des Vorbahnhofes östlich vom Hauptbahnhof Bielefeld, gleichzeitig soll auch dem Personenbahnhof ein dritter Bahnsteig mit Ueberholungsstelle für die Personenzüge der Hauptstrecke Hannover-Hamm hergestellt werden. Nach dem Anschlags stellen sich die gesamten Kosten auf 1.677.000 M. Außerdem ist für den neuen Eisenbahnsteigebau ein Aufstellgleis in Aussicht genommen: die Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Lage-Detmold, sowie des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Hamm-Herford-Detmold.

In der Bauverwaltung figuriert eine zweite Rate für den Neubau der Wasserbrücke in Minden mit 200.000 M., die Beschaffung eines zweiten Taucherschiffs für die Wasserstromverwaltung mit 31.000 M. Im Justizetat wird für den Um- und Erweiterungsbau des Gerichtsgebäudes und Gefängnisses in Bielefeld eine zweite Rate von 515.000 M. notwendig. Das Kultusministerium verlangt für den Neubau des Gymnasiums in Minden 75.000 M., sowie den Restbetrag von 212.000 M. für den Neubau des Rathauses in Dethmold.

Mit besonderer Freude werden unsere zahlreichen ländlichen Leser folgende Posten aus der landwirtschaftlichen Verwaltung begrüßen: Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen 1.045.000 Mark, Förderung der Kultivierung von Bodendünen in Westfalen 50.000 M.

Die Verwendung der Hülsenfrüchte.

Kaum hat uns der Herbst verlassen und der Winter seinen Einzug gehalten. Da erfährt alles eine Veränderung. Keller und Küche bleiben davon nicht verschont. An die Hausfrau tritt die Frage heran: „Was koch ich morgen oder übermorgen?“ Die Antwort muß sein: „Hülsenfrüchte.“ Linfen, Bohnen, Erbsen. Leider wird ihr bedeutender Nährwert nicht im vollen Maße gewürdigt. Im Interesse jeder Hausfrau liegt es, nachstehenden Winken besondere Beachtung zu schenken. Als Bestandteile der Hülsenfrüchte sind festgelegt: 25 Proz. Eiweiß, 50 Proz. Stärkemehl, 5 Proz. Faserstoff, 2 Proz. Fett, 3 Proz. Nährsalz und 15 Proz. Wasser. Genügend bekannt sein wird

es der Hausfrau, daß Hülsenfrüchte ohne Zugabe einer gewissen Menge Fett und stärkemehlhaltiger Stoffe keine gesunde Nahrung sein können. Werden Hülsenfrüchte nicht richtig gekocht, so bleiben die nährenden Bestandteile, die Polysaccharide, reich und vom Magen nicht gelöst werden, unverdaut und verfehlen ihren Zweck.

Vor allen Dingen verlangen Hülsenfrüchte ein längeres Vorweichen, das mindestens 12 Stunden währen muß, um den Wohlgeschmack zu steigern. Um die Hülsenfrüchte noch besser auszunutzen, ist ein Vorweichen vor dem Kochen ratsam. Um dies zu bewerkstelligen, weicht man zum Beispiel Erbsen achtzehn Stunden in lauem Wasser ein, gießt dann das Wasser ab und läßt die Erbsen zugedeckt weiter vierundzwanzig Stunden stehen. In dieser Zeit verwandelt sich ein Teil des Stärkemehls der Erbsen in Zucker, und alle Erbsenforten geben dann den Geschmack frischer Erbsen. Bei dem Kauf von Erbsen soll man keine minderwertige, billige, sondern nur die allerbeste Qualität wählen. Bohnen sollten achtundvierzig Stunden in kaltem Wasser weichen und dann nach Abgießen dieses Wassers noch zugedeckt vierundzwanzig Stunden feucht stehen. Auch hier ist nur beste Qualität am Platze. Um Erfolg mit dem Vorweichen zu haben, sollte man dem Wasser etwas kohlenstoffreiches Natron versetzen und mehrmals wiederholen.

Hat die Hausfrau, wie oben angegeben, die Hülsenfrüchte vorgeweicht, so empfiehlt es sich, diese alleine zu kochen, da durch das Zusammenkochen mit Fleisch das Weichwerden der Hülsenfrüchte sehr erschwert wird. Sollte Brunnenwasser vorhanden sein, so empfiehlt es sich, dieses zu nehmen und keine Hausfrau sollte einen kleinen Weg scheuen, um Brunnenwasser verwenden zu können, da das Leitungswasser im allgemeinen zu hart ist. Ist kein Brunnenwasser zur Stelle, so muß man dem Leitungswasser etwas Natron zusehen, aber nicht zu viel, da eine größere Menge einen seifigen Geschmack gibt. Salz soll erst, da es ebenfalls das Weichwerden der Früchte verzögert, zuletzt zugegeben werden. Dagegen fördert ein geringer Zusatz von Zucker das Garwerden und hebt außerdem den Wohlgeschmack. Hülsenfrüchte sollen beim Kochen nur knapp mit Wasser bedeckt sei, aber niemals im Wasser schwimmen. Um das verdampfte Wasser zu ersetzen, darf nur kochendes Wasser oder siedend heiße Fleischbrühe zugegeben werden, damit die Hülsenfrüchte nicht aus dem Kochen kommen.

Diese Ausführungen mögen dazu beitragen, Unstimmigkeiten zwischen Käufer und Verkäufer zu beseitigen. Ich hoffe bestimmt, durch diesen Hinweis viele Klagen, die bisher nach dieser oder jener Richtung hin laut wurden, geklärt zu haben. Frau Chr. Ködemann.

o Das internationale Herford. Ausländische Arbeiter wurden im Stadtbezirk Herford 90 beschäftigt u. 3. 80 männliche und 10 weibliche. Davon sind 67 männliche und 9 weibliche Arbeiter Oesterreichischer Staatsangehörigkeit (58 Deutscher, 10 tschechischer, 8 russischer Abstammung), ferner sind beschäftigt 3 Italiener, 6 Niederländer, 1 Däne und 3 sonstige Staatsangehörige.

x Erfolge unserer einheimischen Geflügelzüchter. Auf der Allgemeinen Geflügelausstellung in Buer i. B. vom 4.-6. Januar 1914 erhielten folgende Herren Preise: H. Müller, Ehrenpreis, 1., 2., 3. Preis und Bronzene Medaille auf Gold Wyandottes; J. Meyer zu Capellen, Ehrenpreis, 1. u. 2. Preis auf schwarze Italiener, 1. Preis auf Zofohama; Wilh. Homann, Ehrenpreis, zwei 1., ein 2. und 3. Preis auf Bantam, schwarz und weiß; Wilh. Niemeier, Ehrenpreis und zwei 3. Preise auf Peking Enten.

Der alte Göy und die deutsche Turnerschaft. Der greise Vorsitzende der deutschen Turnerschaft, Geheimrat Dr. Ferdinand Göy, der „alte Göy“, wie er nunmehr schon seit Jahren mit dem Untertitel der Verehrung genannt wird, hat bekanntlich kurz nachher, nachdem er das letzte deutsche Turnfest in erstaunlicher Tätigkeit geleitet, eine schwere Krankheit durchgemacht, die schließlich so gefährlich wurde, daß man dem Kranken den linken Arm amputieren mußte. Dem Patienten sind, wie erklährt, eine Unmenge teilnehmender Zuschriften zugegangen, auf die Geheimrat Göy in folgender Weise dankt: „Seit fast 60 Jahren begleite die Turnzeitung beim Eintritt ins neue Jahr und bei sonstigen hervorragenden Gelegenheiten einen warmen Gruß von mir und ernte Mahnung zu gemeinsamer Arbeit. Zum ersten Male habe ich in diesem Jahre Schweigen müssen, weil ein schweres Geschick mich aus dem Verkehr und der allgewohnten Tätigkeit völlig ausschied. Was Liebe, Freundschaft und Hingebung tun konnten, mir Trost und Hoffnung auf eine erträgliche Zukunft zu bringen, haben sie in unzähligen Rundgebungen getan, und ich habe daraus erfahren, mit welcher Liebe die deutsche Turnerschaft, die alten und die jungen Freunde, in der schlimmen Zeit zu mir stehen und mit den Meinigen in der Hoffnung leben, daß ich für unsere Sache noch manches tun kann und daß mein Lebensabend nicht ein ganz verfluchener wird. Habt alle Dank und bewahrt die Treue, die ihr mir gezeigt habt, unserer deutschen Turnische und der Arbeit für unser Vaterland, dem eure Hände und Herzen zu jeder Zeit zu Diensten stehen sollen. Gut Heil! Euer Ferdinand Göy.“

Vorwort bei Stellungen. Einen neuen Eid haben die Stellungsvermittlungsstellen ersonnen. Sie bieten in den Tageszeitungen Nebenwerb an. Der Bewerber erhält von einer „Nachweisstelle“ für Erwerbsfindende“ ein mechanisch vervielfältigtes Schreiben, worin er aufgeführt wird, seinen Lebenslauf einzufügen. In dem Lebenslauf ist besonders zu bemerken, ob der Bewerber eigene Wohnung hat oder ob er in Altmiete wohnt. Es ist diese Angabe durchaus nötig, da einzelne Firmen besonders Wert darauf legen, um dadurch dort zugleich eine Niederlage für ihre Abgabegüter zu haben. Dann wird weiter ausgeführt, daß zurzeit mehrere größere Verbandshäuser Vertreter suchen. Eine Vorprüfungsgebühr und eine Auskunftsgebühr seien nicht zu zahlen.

eine Nachweisstelle, eine durch Rot verdient mit feiner bühre richte sich und betrage bei einem solchen Bewerber mit dieser er dies auf einen merken und ihn termänner ihre ionemdem Nam vervielfältigtes „Nachweisstelle“ eingereicht habe Bewerber ein ten. Der Zertifikatsreklame, er gewonnen se ihm ein Gehal außerdem 10 völig gefahrlos hat somit „eine Nebenwerdienst mung erhält er noch Geld. Diffe Nachweis Schwindler wo der Schwindel Minderbemittel ber Rechtsanwal p Papier Kriminalpoliz August vorliege entwichen wo Papiere verli zu halten.

e Hidden! Gafwirts H der hiesige K Auf der Tag 2. Neuwahl des Kaisers, richtig besum zu 800 M. L wiedergewähl Landwirt Ph der, Lehrer r Brand als 2. Kassierer, Fahnenträge Stellvertreter einsbote. R den 1. Febr durch theatr werden. Zu teur oder Refuten im

Umt r Löhne, gelegenheit, führung de über den V Gebahnen hatte die R termin anbe Auch Werte an dem Ter bahnen nur r Löhne, tatsfistung auf eine fe sfer der C mann zum r Dbern größere R über den H und wird f in unserer

r Haged fröhlichen S schlossene S Architekt Z

Aus Detmold, augenblicklich Landesztg., woß andere er durch da miffe, Stad jedweden H fogen. „Zä Magistat i trante zu v weingändel Revision H lich ausnah langte lektu Wände mit Genres, im Unter den eine fog. „ die erste a anderen S zu verabsol sich selbst i fertig ist. Wor: „I sam nun, n framliche den Piccol von einer

...eine Nachweisgebühr auch erst dann, wenn der Bewerber eine durch Kontrakt festgelegte Stellung resp. Nebenverdienst mit festem Gehalt erhalten habe. Diese Gebühr richtete sich ganz nach dem monatlichen Verdienst und betrage bei einem Verdienst von 30 M 6 M, bei einem solchen von 30-50 M 10 M usw. Ist der Bewerber mit diesen Bedingungen einverstanden, dann hat er dies auf einem gleichfalls mitgeschickten Schein zu vermerken und ihn zurückzusenden. Nun beginnen die Hinzutragenden ihre Arbeit. Ein „Handelshaus“ mit hochtönendem Namen sendet dem Bewerber ein mechanisch vervielfältigtes Schreiben, worin es mitteilt, daß die Nachweisstelle für Erwerbszwecke ihm die Offerte eingereicht habe. Er beabsichtige, auch am Wohnsitz des Bewerbers eine Niederlage für seine Waren zu errichten. Der Vertrieb der Waren gehe nur durch Zeitungsreklame, die es auf seine Kosten betriebe. Falls er gewonnen sei, die Filiale zu übernehmen, zahle es ihm ein Gehalt von 50 M monatlich und gebe es ihm außerdem 10 Prozent Provision. Auf dieses günstige, völlig gefahrlose Anerbieten geht der Bewerber ein. Er hat somit „eine durch Kontrakt festgelegte Stellung resp. Nebenverdienst mit festem Gehalt“ erhalten. Trotz Mahnung erhält er von dem „Handelshaus“ weder Waren noch Geld. Die „Nachweisstelle“ verlangt aber die fällige Nachweisgebühr. Weisungen gegen derartige Schwindler wolle man der Zentralstelle zur Befämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, vorbringen. Minderbemittelte erhalten auch Rat und Auskunft bei der Rechtsanwaltskanzlei in Herford, Rathaus 1.

Papier ist geduldig. Festgenommen wurde die Kriminalpolizei wurde ein junger Burche, der im August vorigen Jahres aus der Zwangsverziehung entwichen war und es durch Führung falscher Papiere verstanden hatte, sich bis heute verborgen zu halten.

Umt Herford-Hiddenhausen.

Hiddenhausen, 8. Januar. Im Saale des Gastwirts Herrn. Wortmann hielt gestern Abend der hiesige Kriegerverein seine 1. Jahresitzung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Geburtstagsfeier des Kaisers. Die Vereinskasse wurde geprüft und richtig befunden. Der Kassenbestand beträgt nahezu 800 M. In den Vorstand wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Maurer Wilhelm Dönn als 1. und Landwirt Philipp Meier zu Eifen als 2. Vorsteher, Lehrer Fernholz als 1. und Kaufmann Heinz. Brand als 2. Schriftführer, Werkführer Herrn. Ellerfeld als 1. und Schlachter Wihl. Diekmann als 2. Kassierer, Fleischbeschauer Heinz. Wortmann als 1. Stellvertreter, Ztg.-Arb. Heinz. Gärtner als Vereinsbote. Kaisers Geburtstag soll am Sonntag, den 1. Februar, im Saale des Gastwirts Meier durch theatralische Aufführungen und Ball gefeiert werden. Zur Aufführung gelangen: „Der Feuerteur oder das Urteil unseres Kaisers“ und „Die Rekruten sind da“.

Umt Gohfeld-Mennighüffen.

Löhne, 8. Januar. Zur Erörterung der Angelegenheit, betreffend die Verbreiterung der Heberführung der Kreisstraße Löhne-Bischopshagen über den Bahnhof Löhne durch Anbringung von Gehbahnen außerhalb der eisernen Trägerschienen, hatte die Kgl. Regierung auf gestern einen ersten Termin anberaumt und dazu Vertreter entsandt. Auch Vertreter der Kgl. Eisenbahndirektion nahmen an dem Termin teil. Sogleich kommen die Gehbahnen nun zur Ausführung.

Löhne, 8. Januar. In der heutigen Gemeinderatsitzung wurde der Zimmermeister H. Lübbert auf eine sechsjährige Periode zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Löhne und der Kolon Biermann zum stellv. Gemeindevorsteher gewählt.

Obernbeck, 8. Januar. Hier ging wieder eine größere Zigarrenfabrik ein. Es wird allgemein über den Rückgang der Zigarrenindustrie geklagt und wird sich der sonst so blühende Erwerbszweig in unserer Gegend wohl nicht wieder erholen.

Umt Ennigloh.

Sagedorn, 8. Januar. Der Neubau eines kirchlichen Vereinshauses ist nunmehr auch hier beschlossene Sache. Die Bauleitung wurde Herrn Architekt Diefel in Herford übertragen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Dippische Fürstentümer.

Detmold, 8. Januar. Einen niedlichen Scherz, der augenblicklich hier viel belacht wird, erzählt die „Dipp. Landesztg.“ In der Stadt Detmold wird, wie ja auch wohl anderswo, dem unheilbaren Schnapsetrinker, wenn er durch das Schnapsstinken seine Pflichten gegen Familie, Stadt und Staat vernachlässigt, die Zuführung jedesweilen Alkohols dadurch abgeschnitten, daß er auf die sogenannten „Säuerlister“ gesetzt wird. Die Liste läßt der Magistrat mit dem Hinweis, dem Genannten keine Getränke zu verabfolgen, jedem Wirt und jedem Brauereibetrieb zuhändigen. Von Zeit zu Zeit findet dann eine Revision statt, ob die Listen in den Lokalen noch aktuell sind. Auf einem dieser Revisionsgänge gelangte letzthin ein Magistratsbeamter in ein Lokal, dessen Wände mit allerlei Bildern, ersten und scheinbaren Gemälden, und sonstigen Gegenständen geschmückt sind. Unter den scheinbaren Gegenständen befindet sich auch eine sog. „Säuerlister“, deren erste Seite hübsch gedruckt die erste Mahnung und ein Wirt richtet, der auf der anderen Seite stehenden Personen keine geistigen Getränke zu verabfolgen. Blättert man nun weiter, so sieht man selbst in einem Spiegel, der auf der dritten Seite befestigt ist. Ueber diesem Spiegel stehen die lieblichen Worte: „Der größte Säuerler“. Der Magistratsbeamte kam nun, wie schon gesagt, in dieses Lokal, um die magische Säuerlister zu revidieren. Er traf aber nur den Piccolo an, und da dieser keinen blauen Schimmer von einer amtlichen Säuerlister hatte, so beauftragte

er ihn, dem Wirt zu melden, daß die Liste revidiert werden sollte. Der Piccolo traf aber nur die junge Wirtin, die ebenfalls keine Ahnung von einer amtlichen Säuerlister hatte, vielmehr der Ansicht war, daß die Säuerlister gewünscht werde. Unter vergnügtem Schmunzeln überreichte sie daher den Scherzartikel dem Beamten. Nachdem dieser dann die dritte Seite des Büchleins mit dem Spiegel in Augenschein genommen hatte, verließ er unter Kopfschütteln das Lokal. Die junge Wirtin war nachher nicht wenig erschrocken, als ihr erklärt wurde, daß in der Tat amtliche Säuerlister existierten.

Magdeburg, 8. Januar. Ein Raubmordversuch, der nur wegen der Jugend des Täters nicht vor das Schwurgericht gekommen ist, beschäftigt die hiesige Strafkammer, die gegen den jetzt 18 Jahre alten Arbeiter Mödes verhandelte. Der Angeklagte ist trotz seiner jungen Jahre schon mehrfach vorbestraft. Im November des Jahres 1913 beschloß er, bei der Witwe Schönmeyer einzubrechen, bei der er Geld vermutete. Während ein Komplize von ihm vor der Tür aufpaßte, stieg er in die Wohnung der alten Frau und fing an, verschiedene Behälter zu erschlagen. Die Frau erwachte von dem Geräusch und schrie um Hilfe. Sofort warf sich der Angeklagte auf sie, suchte sie mit dem Bett zu erstickend und brachte ihr mit einem Hammer schwere Verletzungen am Kopfe bei. Der Heberfallener gelang es noch einmal, sich frei zu machen und einen gelenden Schrei auszustößen, der von ihrem Dienstmädchen gehört wurde. Dieses alarmierte die Hausbewohner, die in die Wohnung eindrangen. Als der Angeklagte die Leute kommen hörte, sprang er aus dem Fenster und entkam mit seinem Komplizen, dessen Namen noch nicht ermittelt werden konnte. Bei der eiligen Flucht hatte er seine Mäße verloren, die an ihm zum Verächter werden sollte. Es wurde bald ermittelt, daß die Mäße dem Angeklagten gehörte, der darauf festgenommen wurde. In der Verhandlung verlegte er sich auf Leugnen, wurde aber in der Beweisaufnahme überführt. Seine „Braut“ bestätigte, daß die Mäße dem Angeklagten gehört habe. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten einschließlich einer noch zu verbühenden Strafe zu insgesamt 12 Jahren Gefängnis.

Berlin, 7. Januar. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der physikalisch-technischen Reichsanstalt sind von Freunden der Anstalt zwei wertvolle Stiftungen ins Leben gerufen worden. Zum Gedächtnis an den ersten Präsidenten der Anstalt, Hermann von Helmholtz, ist ein „Helmholtz-Fonds“ als eingetragener Verein gebildet worden mit einem Vermögen von rund einer Viertelmillion. Die zweite Stiftung ist die „Emil-Kathenau-Stiftung“. Sie ist aus Anlaß des 75jährigen Geburtstages des Geheimrats Kathenau von diesem in Gemeinschaft mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft errichtet worden. Das Stiftungskapital beträgt 100 000 M. Es soll auf dem Gebiete der Elektrizität und des Magnetismus die Anstalt in den Stand setzen, hervorragende Kräfte zu gewinnen, ihnen Studienreisen zu ermöglichen und wertvolle Instrumente zu erwerben.

Aus der Tabakindustrie.

Tabaksteuer-Einnahmen im deutschen Reich.

Die Einnahmen aus der Zigarettensteuer lassen auch im verflossenen Jahre eine starke Zunahme erkennen: von 19,7 Millionen Mark in den sieben Monaten April bis Oktober 1912 ist, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, die Einnahme auf 23,5 Millionen Mark in denselben Monaten 1913 gestiegen. Die Steuereinnahme, d. h. die wirkliche Steuereinnahme, nicht die im Etat veranschlagte, ist nach Abzug der Ausfuhrvergütungen bei der Zigarettensteuer gleichzeitig von 24,2 auf 28,5 Millionen Mark, also um 17,8 Prozent gewachsen.

Erfreulicherweise zeigen diesmal auch die Einnahmen aus der Besteuerung des inländischen Rohabak eine Zunahme. Hier hat sich die Steuereinnahme von 7,1 auf 7,6 Millionen Mark und die Steuereinnahme von 5,5 auf 6 Millionen Mark gehoben.

Briefkasten.

Mehrere Landwirte in Ester: Zu dem wehrbeitragspflichtigen Vermögen gehören auch Grundstücke mit ihrem Zubehör. Als Zubehör der Grundstücke, die dauernd der Landwirtschaft dienen, sind anzusehen:

1. Die zum Wirtschaftsbetriebe bestimmten Geräte (Eggen, Pflüge usw.), das Vieh und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie zur Fortführung der Wirtschaft bis zu der Zeit erforderlich sind, zu welcher gleiche oder ähnliche Erzeugnisse voraussichtlich wieder gewonnen werden, sowie der vorhandene, in der eigenen Wirtschaft gewonnene Dünger. Unter diesen Punkt fällt auch der Holzbestand.

2. Die dem Landwirtschaftsbetriebe dienenden Gebäude (Scheunen, Speicher, Ställe, Schuppen usw.).

3. Das Wohnhaus des Landwirts, sofern es im richtigen Verhältnis zu der Größe und dem Umfang seines landwirtschaftlichen Betriebes steht.

4. Das erforderliche bare Betriebskapital.

Bei diesen Grundstücken wird der Wehrbeitragsberechnung der Ertragswert zugrunde gelegt. Als Ertragswert gilt das fünfundzwanzigfache des Reinertrages, den sie nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit entlohnenden fremden Arbeitskräften nachhaltig gewahren können. Die vorstehend unter 1 bis 4 genannten Werte werden also nicht besonders angelegt, sondern sind in dem 25fachen Ertrage mit enthalten. Diejenigen Gebäude, die nicht allein der Landwirtschaft dienen, sind in der Vermögenserklärung besonders anzugeben, auch dann, wenn sie in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit den der Landwirtschaft dienenden Grundstücken liegen. Grundstücke, die sich in absehbarer Zeit zu Bauzwecken veräußern lassen, sind mit ihrem gebräuchlichen (Verkaufs-) Werte anzugeben, selbst dann, wenn sie am 31. 12. 1913 (Stichtag für den Wehrbeitrag) noch landwirtschaftlich genutzt wurden. Das verpackte Grundvermögen (Güter und Liegenschaften) ist mit dem 25fachen Pachtzins anzugeben. Für Nebenleistungen und Zustandshaltung der Gebäude darf auf diese entfallende Pachtzins um ein Fünftel (20 Prozent) gekürzt werden.

Die Bestimmungen des preussischen Ergänzungsteuergesetzes über den Wert des dauernd landwirtschaftlich genutzten Grundvermögens decken sich mit den betreffenden Bestimmungen des Wehrbeitragsgesetzes. Die Werte

sind also dieselben und der Steuerbehörde von der Ergänzungsteuerveranlagung her bekannt. Für die meisten Landwirte hiesiger Gegend ist es schwierig, den mit 25 zu multiplizierenden Reinertrag zu finden, weil sie über ihren landwirtschaftlichen Betrieb nicht in der Weise Buch führen, daß sie den in Frage kommenden Ertrag in der bis zur Abgabe der Vermögenserklärung noch vorhandenen kurzen Zeit ermitteln können. Hier kann sich der Landwirt in folgender Weise aus helfen: In dem ihm zugehenden Formular zur Vermögenserklärung führt er sein selbstbewirtschaftetes Grundvermögen nach Hausnummer, Lage (in der Gemeinde) und Größe so genau an, wie er kann. Das verpackte und vermietete Grundvermögen bezeichnet er vorteilhaft in derselben Weise und benennt dabei die dafür jährlich zu fordernde Pacht- und Mieteinnahme. In einem besonderen, am besten gleich unter diese Angaben zu setzenden Vermerk sagt er, daß er vorbehaltlich der etwa erforderlichen Verändern des Wertes sich von der Steuerbehörde anrechnen lassen wolle, der ihr für seine Ergänzungsteuer bekannt sei. So genügt er der gesetzlichen Vorschrift und geht weitläufigen Beanstandungen und Verständigungsversuchen der Behörden aus dem Wege. Und wenn ihm die Veranlagung zu hoch ausfällt, bleibt immer noch die Möglichkeit, sich durch die Berufung sein Recht zu verschaffen.

Abonnent. Es muß natürlich heißen: „Schau mir in's Auge“.

Kursbericht

mitgeteilt von der
Weftfälisch-Dippischen Vereinsbank
Aktiengesellschaft, Herford

	7. Jan.	8. Jan.
4 % Deutsche Reichs-Anl.	98,25	98,25
3 1/2 % do.	85,40	85,40
3 % do.	76,10	76,10
4 % Preussische Konss.	98,10	98,10
3 1/2 % do.	85,60	85,60
3 % do.	76,10	76,20
4 % Bielefelder Stadt-Anl.	95,-	95,-
3 % Herforder Stadt-Anl.	86,60	86,60
3 1/2 % do.	86,60	86,60
4 % Mindener Stadt-Anl.	95,-	95,-
3 1/2 % do.	95,-	95,-
4 % Rheinprovinz-Anl. Ausg. 35/38	96,60	96,60
4 % Westfäl. Prov.-Anl. III.	95,-	95,-
4 1/2 % Berliner Hyp.-Bank-Pfandbr. mt. 1918	99,50	99,75
4 1/2 % do. „ „ „ „ 1921	93,75	93,25
4 1/2 % do. „ „ „ „ 1923	100,50	100,50
4 1/2 % do. „ „ „ „ 1920	93,75	93,75
4 % Hamburger „ „ „ „ 1918	94,-	94,-
4 % Hannoverische Boden-Cred.-Bank-Pfandbr.	93,25	93,25
4 % Meiningener Hyp.-Bank-Pfandbr. mt. 1921	94,70	94,70
4 % Preuss. Pfandbr.-Bank-Pfandbr. mt. 1920	93,50	93,50
4 % Rhein. Westf. Boden-Cred.-Bank-Pfandbr.	94,50	94,50
5 % Humboldt Maschinen-Fab.	100,-	100,50
5 % Allgem. Elct. Ges.-Fdb. mt. 1923	102,10	102,20
Barmer Bank- u. Kassen-Anst.	115,25	115,50
Darmstädter Bank	116,50	116,75
Deutsche Bank-Anst.	250,90	250,90
Disconto-Commandit-Anst.	187,90	187,70
Frankfurter Bank-Anst.	153,-	152,80
Genossenschaftsbank-Anst.	126,25	126,-
Rhein. Westf. Disconto-Gesellschaft-Anst.	118,25	118,25
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	101,67	101,60
Westfälisch-Dippische Vereinsbank-Anst.	100,80	100,80
Hamburg Amer. Bank-Anst.	133,75	134,-
Sanja-Dampfschiffahrt-Anst.	272,30	272,20
Norddeutscher Lloyd-Anst.	117,60	117,-
Allgem. Elct. Ges.-Fdb.	239,75	239,30
Gesellschaft für elektr. Untern.-Anst.	165,50	165,50
Große Berliner Straßenbahn-Anst.	163,50	163,90
Unterweser-Hengstenberg-Bielefeld	108,50	108,75
Canada-Pacific-Anst.	214,75	215,30
Direktions-Werke Bielefeld	339,-	336,-
F. Eschbach & Co. Herford	163,-	163,20
Gesellschaft für Bergbau-Anst.	186,90	187,-
Hilfsmittel- u. Co. Bielefeld	142,50	142,50
Gundlach, A. & Co., Bielefeld	116,-	105,10
Harpenberger Bergbau-Anst.	175,75	175,25
Koch, Maschinenbau, Bielefeld	183,25	183,25
Pöschel-Bergwerk	237,25	236,90
Reichsbank-Discont 5 %		
Reichsbank-Lombardzinsfuß 6 %		

Betreibepreise.

Preisverzeichnis des Deutschen Landwirtschaftsvereins

Stadt	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Königsberg	154-154 1/2	—	144-144	—
Rosen	179-184	146-149	154-162	148-152
Breslau	178-180	148-150	140-143	142-144
Berlin	174-18	155-156	—	151-178
Hamburg	192-193	155-158	—	161-169
Hannover	181	157	—	161
Mannheim	195-197 1/2	162 1/2	—	160-175

Borausichtiges Wetter.

Wärmer, vorwiegend trübe mit wiederholten Niederschlägen und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Verantwortlich für Politisches und Neueste Nachrichten: Fr. Kuhle; für den übrigen redaktionellen Teil: Erich A. Maasch; für Inserate: G. Vefel; sämtlich in Herford.

Man streut den Frauen

jeden Tag

Sand in die Augen bei allen Augen aller möglichen Schubcremes. - Selbst den minderwertigsten Schubputtmitteln werden in unlauterer Weise alle möglichen Vorzüge zugeschrieben, deshalb ist sehr große Vorsicht beim Einkauf notwendig. - Das beste, sparsamste und billigste von allen Schub- und Lederputtmitteln ist und bleibt das überall sehr beliebte Pilo.

Das Geheimnis v. Chateau Richmond.

Aufruf!

Düppelgedächtnisfeier 1914.

Zur Erinnerung an die ruhmreichen Kämpfe bei Düppel und den verwegenen Übergang nach Alsen, wo vor fünfzig Jahren Preußens reorganisierte Heere die Feuerwerke erhielten und den Grundstein legten zu des deutschen Kaiserreiches Macht und Herrlichkeit, soll in den Tagen vom 27. bis 29. Juni 1914 in Sonderburg eine Jubiläumsfeier stattfinden, bei der das dankbare Schleswig-Holstein den Befreien von dänischer Herrschaft seine Huldigung darbringen und Schleswig-Holsteins Jugend den Veteranen zeigen wird, daß sie entschlossen und imstande ist, das überkommene Erbe getreulich zu bewahren! Diese Feier kann aber nur dann einen hohen Bedeutung entsprechenden glanzvollen Verlauf nehmen, wenn möglichst viele Mitkämpfer aus jener großen Zeit sich daran beteiligen. Deshalb ergeht hierdurch an alle Veteranen, welche als Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften den Feldzug von 1864 mitgemacht haben, die Aufforderung, durch ihre Gegenwart zur Verherrlichung des Festes beizutragen und ihre Teilnahme dem Festauschuß für die Düppelgedächtnisfeier 1914 in Sonderburg (Landratsamt) unter genauer Angabe ihrer Adresse sowie des Truppenteils, in dem sie den Feldzug mitgemacht haben, alsbald anzugeben. Von dort erhalten sie bereitwillig jede gewünschte Auskunft über Festprogramm, Unterkunft, Verpflegung, Reiseplan, Fahrpreisermäßigung, Kostenfrage usw.

Neben der Jubiläumsfeier wird während der Sommermonate 1914 in der schönen Marinegarnisonstadt Sonderburg am Alsenfund eine Düppelgedächtnisausstellung stattfinden und am 27. Juni 1914 zu Ehren der zum Jubiläumserfundenen Veteranen feierlich eröffnet werden, deren Material dank außergewöhnlicher Unterstützung von privater und behördlicher Seite schon jetzt nach Inhalt und Umfang eine Kriegserinnerungssammlung darstellt, wie sie bisher schwerlich gezeigt worden ist. Um diese Sammlung noch vollständiger und wertvoller zu gestalten, werden die Veteranen gebeten, etwaige Erinnerungsgegenstände an die obenbenannte Adresse zu senden. Alle dadurch entstehenden Kosten werden erstattet. Veteranen, auf zur Düppelfeier 1914! Herzlicher Willkommen an den Stätten, wo ihr gekämpft, gesiegt und geblutet, ist Euch gewiß!

Bekanntmachung.

Für die Wahlen der Vorstandsmitglieder der Tischler-Zunftschaften ist von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertretern im Ausschuss nur je 1 Wahlvorschlag eingebracht worden. Nach § 10, bezw. 26, der für diese Kasse bestehenden Wahlordnung gelten die Vorschläge als gewählt, wenn auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt sind, wie Vertreter zu wählen sind. Diese Voraussetzung trifft bei der genannten Kasse zu.

Es sind demnach als Vorstandsmitglieder gewählt:

a. Arbeitgeber:

1. Tischlermeister W. Schwaigmeier,
2. Hofmüllersbräuer Carl Stöffel.

b. Arbeitnehmer:

1. Tischlermeister H. Stahlberg,
2. Gottl. Steffen.
1. Maschinenarbeiter Heinrich Geppmann,
2. Tischler Aug. Budde,
3. Maschinenarbeiter Wihl. Läge,
4. Tischler Aug. Hoff.

c. Ersatzmänner:

1. Tischler Aug. Kampfhöner,
2. Aug. Kaiser,
3. Maschinenarbeiter Wihl. Berger,
4. Tischler Gustav Wittenbreder.

Den Vorsitzenden der Kasse und seinen Stellvertreter hat die Kasse aus den Vorstandsmitgliedern der Kasse zu bestellen. Herford, den 6. Januar 1914.

Das Verzeichnisamt.

Kataloge

in feinsten und gediegenster Ausführung liefert preiswert

Druckerei Fr. Kuhle
(Herforder Zeitung für Stadt u. Land).

NESTLE

Altbewährte Nahrung für Kinder und Kranke

Louis Ranzow

Alter Markt 7.

Inventur - Ausverkauf

Mein diesjähriger grosser
beginnt am **Sonnabend, den 10. Januar.**
Alle Waren werden zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Im Saale des
Weinklubs
Sonntag, 18. Januar
KONZERT
Heinrich Lutter
Kgl. Professor u. Hofpianist
Mitwirkend:
Frau Professor Lutter
Klavier.
Anfang 5 1/2 Uhr nachmittags.
Karten: Saal 2 Mk., Schüler-
karten 1 Mk., in der Musi-
kalienhandlung Menckhoff.

**Der Bäcker- u. Conditoren-
gehilfenverein Germania**
feiert am
Sonntag, den 11. Januar
in den oberen Sälen des Bür-
gervereins unter gütiger Mit-
wirkung des Bielefelder Bäder-
gehilfen- u. Gefangenenvereins Ger-
mania sein
9. Stiftungsfest
verbunden mit
theatralisch. Aufführungen
Korzerl und Ball.
Freunde und Gönner des
Vereins sind herzlich eingeladen.
Anfang 4 Uhr.
Der Vorstand.

Zither-Berein
„Alpenrose“
feiert am **Sonntag, den 11. Jan.**
in Brühlmanns Saal, nachmittags 4 Uhr anfangend,
sein diesjähriges
Stiftungsfest
verbunden mit Konzert und
Ball. Besonders aufmerksam
machen wir auf den
Kinderreigen
ausgeführt von 18 Kindern.
Freunde und Gönner sind her-
zlich willkommen.
Der Vorstand.

Kameradschaftl. Verein
Herford.
Zu dem am kommenden
Sonntag, den 10. Januar,
nachmittags im Schützen-
haus stattfindenden
Lichtbilder-Vortrag
über:
Flugwesen u. Luftschiffahrt
werden die Kameraden mit ihren
Angehörigen hierdurch ergeb-
lich eingeladen.
Eintrittskarten sind bei den
Herren Hauptleuten der Kom-
panien zu haben. Preis 20 Pfg.
Der Vorstand.

Verein ehem. 55er
Herford.
Sonntag, 10. d. Mts.,
abends 9 Uhr:
Versammlung
im Vereinslokal, (Restaurant
Schmidt, Baderstr.)

**Stiftberger
Krieger
Berein.**
Sonabend, d. 10. d. M.
8 1/2 Uhr abends
Generalversammlung
Der Vorstand.
L. Joël,
Rechtsanwalt, Notar
sucht zu Oftern einen
Lehrling.

Manufakturbranche
Lehrling gesucht.
Off. m. selbstgesch. Lebens-
lauf unt. A. a. d. Exp. d. Ztg.
Suche zum 1. April einen
Lehrling
Phil. Dacht,
Matermeister Brüderstr. 3.

Lehrling
zum 1. April 1914 gesucht.
Rechtsanwalt Schulz.
Zum 1. April suche ich ein
sauberes zuverlässiges
Mädchen
für Haus und Küche gegen
guten Lohn.
Frau Friedrich Stener,
Eberdissenstr. 17.

Suche zum 1. April ein
erfahrenes **Küchenmädchen**
Frau Karl Höpfer,
Steinweg 1.
Suche für meine Tochter zu
Oftern Stellung als
Lehrmädchen
in einem besseren Geschäft.
Wohnung im Hause des Prinzi-
pals erwünscht. Off. u. K. 14 a. d.
H. Exp. Gust. Thomas Bielefeld.

**Damen f. distr. Auf-
nahme, ohne Heimbericht.**
Wwe. Boff, Hebamme,
Detmold.

Im freiwilligen Auftrage
werde ich am
Sonabend d. 10. Januar
mittags um 12 Uhr im Ein-
tragslokal Bürgerverein hier,
1 Sofa, 2 Sessel, 1
Küchenschrank, 1 Kleider-
schrank, 1 Ofen, 1 Koch-
maschine, 1 Glaschrank,
1 Bettstelle m. Matratze,
1 Tisch, 2 Stühle, Bil-
der und sonstige Haus-
und Küchengeräte,
öffentlich meistbietend gegen
Barzahlung versteigern.
Die Sachen sind gebraucht, u.
1 Stunde vorher zu besichtigen.
Rob. Kormel, Auktionator
Heute eingetroffen:
la. neues Pflanzenmus
garantiert rein mit Rostinade
eingelocht à Pfd. 25 Pfg. emp-
fiehlt
Heinrich Nolting, Rennstr.

**Wir suchen
verkaufl. Häuser**
an beliebigen Plätzen mit und
ohne Geschäft behufs Unter-
breitung an vorgemerzte Käufer.
Besuch durch uns kostenlos. Nur
Angebote von Selbstgeiztümern
erwünscht. Vermiet- und
Verkaufs-Zentrale, Köln,
Dankhaus.

Fabrik-Grundstück
im Zentrum Bielefelds mit
gut. Arbeits- u. Lagerräumen,
sowie 3 Wohnungen, 15 hann.
□-M. groß, in welchem seit ca.
80 Jahren eine Schokoladen- u.
Zuckerwarenfabrik betrieben
worden ist und welches sich auch
zu allen gewerbli. Zwecken eign.,
ist zu M. 35 000 (neuerer M.
43 000) bei M. 8-10 000 Anzahl.
zu verkaufen,
evtl. auch unter günstigen Be-
dingen sofort zu vermieten.
Die Maschinen können mit
übernommen werden.
Näheres durch F. Lüderking
in Bielefeld, Kaiserstraße 48

Gut verinsichtiges
Wohnhaus
(4 Wohnungen) zu verkaufen.
Nachstr. Wallbrockerweg 72.
Freundl.

Manfarge
(abgeschl.) 3 Zimmer, Küche
nebst allem Zubehör zum 1.
April 1914 an ruhige Mieter
zu vermieten.
Eisgrabenstr. 2, parterre.

Holz-Auktion
Am Dienstag, den 13. Januar,
nachm. 2 Uhr anfangend, be-
absichtige ich in meinem Holze,
auf der Forst, ex. 40 Hassen
dickes Buchenbrennholz
öffentlich meistbietend gegen
Kredit zu verkaufen.
Edmund, d. 6. Jan. 1914
Theodor Renke.

Koche - Brate - Backe
im
Oekonom
ohne Feuer-ohne Aufsicht
Alleinverkauf
Gebr. Landmann

Feinste Kieler Bückinge
und Spotten
sowie
feinsten Rhein-Aal
empfiehlt
Hermann Ebmeyer
Fernruf 653.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, dass ich das
Geschäft
meines verstorbenen Mannes weiterführe. Ich bitte,
mich darin freundlichst unterstützen zu wollen.
Achtungsvoll
F. Huep Ww.

Infolge der am gestrigen Tage durch Vermitt-
lung des Versicherungsamtes mit den in dem Kranken-
kassen-Ausschuss vereinigten Krankenkassen:

1. Allgem. Orts-Krankenkasse der Stadt Herford
(einschließlich der bisher selbständigen Krankenkassen:
der Handwerker, der Zucker- u. Schokoladen-Fabrikation,
der „Eintracht“, der Maschinen- u. Möbel-Industrie,
des Leinen-Vereins, der Firmen C. Müller und Kühl
& Sievers.)
 2. Zigarrenarbeiter-Krankenkasse Herford,
 3. Bangewerks-Zunungs-Krankenkasse,
 4. Maler-Zunungs-Krankenkasse,
 5. Tischler-Zunungs-Krankenkasse
- geführten Verhandlungen, nehmen wir vom heutigen Tage
ab die Behandlung sämtlicher Kassenmitglieder wieder auf.

**Dr. Bräcker, Dr. Bubbe, Dr. Delius,
Dr. Grobkopf, Dr. Gentchel, Dr. König,
Dr. Kopp, Dr. Krengel, Dr. Lange,
Dr. Meyer zum Gottesberge, San.-Rat Dr. Nolting,
San.-Rat Dr. Pape, Dr. Schöning,
Dr. Troschke, Dr. Wolter.**
Herford, den 9. Januar 1914.

Süßrahm - Margarine
Mey-Lip, Westfalenwunder
Westfalenkrone mit der Schutzmarke „Schinken“
Pflanzenbutter - Margarine Meyer-Ruhm
Die Etiketten der Branche ersetzen feinste Landbutter.
Ausgezeichnet mit vielen goldenen Medaillen, Oktober 1910 mit der Staatsmedaille
Herforder Westfälische Süßrahm-Margarine-Fabrik
Meyer's Herforder Pflanzenbutter-Fabrik
Hermann Meyer, Lippinghausen bei Herford.

Billige
Bananen-Woche
Das Pfd. 25 Pfg.
Spanischer Obst- und
Gemüsegarten.

Zwangsverkauf.
Sonabend, d. 10. Januar, nachmittags 12 1/2 Uhr
werde ich im Bürgerverein:
2 Waschmaschinen, 2 Waschmaschinentrom-
meln, 3 Rohrstäbe, 2 Bilder, 2 Tische und
1 Schwein;
ferner im freiwilligen Auftrage:
3 gebrauchte Fahrräder
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Füllgrabe, Gerichtsvollzieher.

Laden zu vermieten
evtl. mit kleiner Wohnung.
Karl Ehlers, Radewigerstr. 24.

Für die uns beim Hinscheiden unserer
lieben Mutter,
Frau Anna Dieckenbrock
in so reichem Masse bewiesene Teilnahme
sagen unseren **herzlichsten Dank.**
Herford, den 9. Januar 1914.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Wilh. Dieckenbrock, Maurermeister.

Stadt-Theater Herford.
Sonntag, den 11. Januar 1914
Gastspiel des beliebten
Sean Röhrig
mit seinem Ensemble
nachmittags 4 Uhr
Kinder- und Familien-Vorstellung
zu billigen Preisen:
Der Stolz der 4. Comp.
Logen 50 Pfg. Parterre 30 Pfg.
Abends 8 Uhr:
Die weiße Dame
Außerdem erstklassige Solisten.
1. Rang 1,25 Mk., Logen 1,10 Parterre 65 Pfg. inkl. Steuer.
Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung F. Kortkamp
Alter Markt: 1. Rang 1,15, Logen 1,00 Mk., Parterre 60 Pfg.
inkl. Steuer.

Schützenhof.
Sonntag abend 8 1/2 Uhr:
Abonnements-Konzert
mit nachfolgendem
Tanzkränzchen :-:
Tageskarte 35 Pfg., Fremde 50 Pfg.
Abonnenten 10 Pfg. Aufschlag
Der Vorstand der Schützengesellschaft

Spielplan des Bielefelder Stadttheaters.
Sonabend, den 10. Januar 1914
Anfang 8 Uhr Ende 5 Uhr
Zum 10. Male
Goldhärchen
Anfang 7 1/2 Uhr Ende gegen 11 Uhr
Volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen.
6. Abend im Schiller-Zyklus
Maria Stuart
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Empfehle äusserst preiswert:
la. grüne Erbsen
„gelbe Erbsen
„geschälte Erbsen
Bohnen weiss und bunt
in grösster Auswahl.
Linsen.
Ferner:
Pflaumen,
Ringäpfel,
Aprikosen,
Birnen,
Mischobst
usw. usw.
Chr. Röckemann,
Steinstrasse 28.
Filialen:
Göbenstr., Mindenerstr., Löhne i. W. (Bahnhof).
Bei Barzahlung 5% Rabatt!

Zwangsversteigerung.
Am 10. Januar d. J., vormittags 12 Uhr sollen im
Bürgerverein hiersebst:
1 Partie Weine und Bifore, Zigarren, 1 Sofa,
1 Klavier, Motorzweirad
öffentlich gegen Meistgebot und Barzahlung versteigert werden.
Meister, Gerichtsvollzieher.

Bringe hierdurch zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich das bisher von Frau Frida Dresing geführte



Putzgeschäft



übernommen habe und bitte ich das bisher dem Geschäft erwiesene Vertrauen auf mich übertragen zu wollen. Ich werde der werten
Kundschaft durch reelle, aufmerksame Bedienung in jeder Weise entgegenkommen.

Hochachtungsvoll
Anna Kapuszinsky,
Gehrenberg 22.

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Generalanzeiger für Stadt u. Landkreis Herford
Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Druck und Verlag von Fr. Kuhle, Herford.
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31. — Fernsprecher Nr. 83.



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 M., bei Postbestellung 1.35 u. Postgebühren.

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen:

Herforder Erzähler (täglich), Am Pflug (monatlich zweimal), Haus und Hof (monatlich zweimal), Fabrik und Handwerk (monatlich einmal), Für Jäger und Naturfreunde (monatlich einmal), Mode für Alle (monatlich zweimal).

Preis der einspaltigen Kleinzeile für Stadt und Landkreis Herford, Deutscher und Amt Rheine 12 Pfg., sonst 18 Pfg.

Nr. 7

Herford, Freitag, den 9. Januar

1914

Aus dem Zaberher Herenkessel.

Schwere Anschuldigungen gegen die Post. — Die Anträge des Anklage-Vertreters. — Urteilsverkündung am Sonnabendmorgen.

Zurückbehaltung von Zustimmungskundgebungen an Oberst von Reuter.

Frankfurt a. M., 8. Januar. Die Mitteilung des Obersten v. Reuter vor dem Kriegsgericht, daß ihm die Post zwar Hunderte von offenen Schmähkarten pünktlich bestellte, dagegen Zuschriften, die Zustimmung enthielten, zurückgehalten habe, hat, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Kreisen der Postverwaltung mitgeteilt wird, Anlaß zu einer eingehenden Untersuchung gegeben. Diese ist noch nicht abgeschlossen, aber es heißt, daß nach dem, was bisher schon mitgeteilt ist, tatsächlich mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die in Zaberher herrschende Stimmung zu Pflichtverletzungen geführt hat, die im deutschen Postdienst für unerhört gelten. Es ist selbstverständlich, daß über das Resultat der abgeschlossenen Untersuchung eine öffentliche amtliche Mitteilung erfolgt.

Was soll uns noch alles aus Zaberher kommen. Wir haben es erleben müssen, daß aus der ungehörigen Verhöhnung eines jungen Leutnants durch die maßlos ungehörige Haltung aller verantwortlichen Faktoren ein schwerer Zwist zwischen Militär und Zivil der kleinen Stadt und dann weiter der Reichslande und schließlich eine Reichskrise entstanden ist. Der Prozeß, der jetzt vor dem Straßburger Kriegsgericht spielt, hat neue peinliche Dinge zutage gefördert. Dem Oberst v. Reuter, der sich unter Berufung auf eine bald hundert Jahre alte Kabinettsordre über unsere ganze heutige staatsrechtliche Auffassung des Verhältnisses zwischen Militär und Zivilgewalt hinwegsetzte, ist wenigstens persönliche Zuchtlosigkeit und Energie bei Durchsetzung seines Standpunktes nicht abzusprechen. Epizoden wie das Verbleiben des Kreisdirektors Mahl bei dem Diner des Unterstaatssekretärs trotz zweimaligen telefonischen Anrufes aus Zaberher, oder die merkwürdige Unfeinheit, mit der ein anderer höherer Beamter das Protokoll einer Aussage unterschreibt und sie dann von Gericht widerlegt — diese und ähnliche Dinge zeigen, daß die Zivilverwaltung viel, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wir haben weiter gesehen, wie hohe Gerichtsbeamte sich gezwungen sehen, den Aussagen hoher Militärbeamten entgegenzutreten, und wir haben die Erörterung über die Kronprinzen-Telegramme erlebt. Nun die Verfehlungen der Postbeamten! Was soll uns noch alles aus diesem Herenkessel entstehen?

Sh. Straßburg, 8. Januar.

Die Anklagebegründung durch Kriegsgerichtsrat Dr. Osander.

Das Wort zur Vertretung der Anklage erhält Kriegsgerichtsrat Dr. Osander, der nach wenigen einleitenden Worten den Antrag stellt, den Obersten von Reuter von der Anklage der Verhöhnung der Zivilgewalt freizusprechen, dagegen wegen Freiheitsberaubung gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von 7 Jahren zu erkennen. In der Begründung dieses Antrages führt der Anklagevertreter nach einer Schilderung über die Entstehung der Unruhen u. a. aus:

Es war keine Gendarmerie und kein Polizist zu sehen. Später kamen zwei Gendarmen und ein Polizist. Angehts dieser Sicherheitsbeamten wurde das Jöhlen und Brüllen geringer. Unter den nachlaufenden Leuten fielen ein paar halbwildhüftige Burchen auf, die sich an den Leutnant von Forstner heranmachten. Ein Gendarm wies sie zurück und einer der Burchen wurde festgenommen, die Menge selbst aber schon unaufhörlich nach. Wir verzeichnen somit die Tatsache, daß ohne jeden Grund am helllichten Tage zwei Offiziere von einer jöhrenden und schreienden Menge nicht nur pöbelhaft belästigt wurden, sondern daß sie auch mit mindestens 20 Steinen beworfen wurden. Dieser Anführer setzte sich später auf der Hauptstraße fort. Wir haben das von einwandfreien Zeugen hier gehört. Das Benehmen der Polizei hat die Leute so anreizt, daß ein Zeuge heute gesagt hat, es sei für die Leute wie Karneval und ein Gaudium gewesen. In der Tat ein merkwürdiger Karneval auf Kosten der Zaberher Offiziere. Was das Eingreifen der Feuerwehrt betrifft, so muß gesagt werden, daß die Feuerwehrt in die Luft spritzte und dadurch nur mitbewirkt hat, daß der Jubel, die Freude an den Vorgängen noch erhöht wurde.

Dem Obersten von Reuter sind diese Vorgänge als gewöhnliche Belästigungen und Demonstrationen geme-

det worden. Von Steinwürfen hat ihm die Polizei merkwürdigerweise überhaupt nichts gemeldet. Am Abend dieses Tages hat der Oberst von Reuter an den Kreisdirektor geschrieben, wenn nicht endlich eingeschritten werde, dann würde die Verhängung des Belagerungszustandes verhängt werden müssen. An diesen Brief schloß sich ein Briefwechsel an, der damit abschloß, daß Oberst von Reuter die Erwartung aussprach, jetzt müsse die Gendarmerie eingreifen.

Es ergibt sich zunächst die Frage, ob die Maßnahmen des Kreisdirektors ausreichend waren oder nicht. Ich möchte die Frage bejahen, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch eine ständige Kontrolle über die Polizeibehörde ausgeübt wurde nach der Richtung, ob sie ihre Schuldigkeit in vollem Maße erfüllten. Ich glaube, es ist nicht geschehen. Festnahmen sind erfolgt, aber nicht in ausreichendem Maße. Am Abend des 10. November wurden die Offiziere wieder von der Menge verhöhnt. Kurz vorher war ein Artikel im Zaberher Anzeiger erschienen, und wir können wohl ohne Neberehrung sagen, daß der Redakteur Wiebke als Regisseur des ganzen Aufzuges anzusehen ist und die moralische Verantwortung trägt. Nun folgten einige Tage der Ruhe, bis Leutnant von Forstner auf einem Wege, den er machte, um einen Einkauf zu befragen, wieder von etwa 30 Personen belagert wurde. Die größte Unruhe setzte erst ein, als die angebliche Verhöhnung des Freiherren von Forstner über die französische Fahne bekannt wurde. Es wurde gerufen: Vive la France! Vive la République!

War das Eingreifen des Militärs am 28. Nov. berechtigt?

So unbestritten die Ereignisse bis dahin sind, so strittig sind die Ereignisse am 28. November. Da zeigen sich direkte Widersprüche und es entsteht nun die Frage, ob das Eingreifen des Militärs an diesem Tage gerechtfertigt war oder nicht. Die Anklage ist gegen den Oberst von Reuter erhoben worden wegen unrechtmäßiger Ausübung der Polizeigewalt, und es war der Verhandlung vorbehalten, hierüber Klarheit zu schaffen. Die Zivilzeugen haben gesagt, daß das Einschreiten des Militärs nicht gerechtfertigt gewesen sei. In schroffem Gegensatz hierzu stehen die Aussagen der beteiligten Offiziere. Hat nun die Verhandlung hierüber Klarheit gebracht? Diese Frage muß das Gericht entscheiden. Unklarheit bestand, bis endlich ein Zeuge kam, der den Zwiespalt in einwandfreier Weise löste. Das ist der Oberlehrer Drüder. Er hat bestimmte Angaben gemacht und gesagt, wenn die anderen Zeugen etwas anderes bezeugten, so müssen Zeitdifferenzen vorliegen. Er hat auch das Vorgehen des Militärs für gerechtfertigt und verständlich gehalten und gesagt, er habe das Gefühl der Genugtuung gehabt, darüber, daß endlich eingegriffen wurde. Ein weiterer Zeuge, der diese Darstellung bestätigt hat, ist der Hauptmann Voigt, der ein interessantes Stimmungsbild gab, und Frau Giers. Sie hat gehört, wie überall gerufen wurde: Vive la France und Vive la République!

Die Aussagen der Zaberher Juristen.

Und nun wird man fragen, wie kommt es, daß die hier vernommenen Zaberher Juristen davon nichts gehört haben? Es hat sich eben alles fabelhaft schnell abgespielt. Erst war es vollkommen still, dann kam ein Leutnant, und sobald die Uniform erschien, pfiff und johlte die Menge. Sie verschwanden dann wie die Wiebel und ebenso schnell erschienen sie wieder, wenn das Militär nicht mehr zu sehen war.

Als Oberst von Reuter gar keinen Ausweg mehr sah, um diese Treibereien und Exzesse zu beenden, hat er zu seinen Maßnahmen gegriffen.

Er hat seiner Pflicht und dem Gesetz gemäß nach seiner Anweisung gehandelt. Ich bin überzeugt, daß Oberst von Reuter sich für befugt hielt, für die Zivilgewalt einzutreten, da diese dazu nicht instande war. Deshalb muß Oberst von Reuter von der Anklage, sich rechtswidrig die Gewalt anmaßend zu haben, freigesprochen werden.

Anderes steht es mit der Anklage der Freiheitsberaubung, die in der Einföhrung der Verhafteten in der Stadtkaserne erblickt wird. Oberst von Reuter hat die Verhafteten festgehalten, obwohl ihm Kreisamtmann Großmann den § 127 der Strafprozessordnung mitgeteilt hatte, wonach er verpflichtet war, die festgenommenen Personen unverzüglich den Zivilbehörden zu übergeben. Mit Rücksicht auf die ganzen Vorkommnisse beantrage ich jedoch nur eine Gefängnisstrafe von sieben Tagen. Auf eine Gefängnisstrafe muß erkannt werden, weil es sich nicht um eine Straftat handelt, mit der auch die Dienstpflicht verletzt wurde.

Die Anklage gegen Leutnant Schab.

Der zweite Angeklagte, Leutnant Schab, muß von der Anklage des Hausfriedensbruchs freigesprochen werden. Er hat ja nur nach dem Befehl seines Vorgesetzten

gehandelt, und er mußte seinem Obersten gehorchen, er mußte gehorchen auch für den Fall, daß er Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Befehls seines Obersten gehabt hätte. Er hätte sich durch Widersehung unbedingt strafbar gemacht.

Dagegen beantrage ich, den Leutnant Schab wegen Körperverletzung, begangen an dem Schlosserlehrling Kornmann, zu verurteilen, und zwar auch zu Gefängnis. Ich beantrage drei Tage Gefängnis.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Großart

nahm zunächst Stellung gegen die Behandlung der beiden Angeklagten durch die Parteien im Deutschen Reichstag. Schon nach dem gewöhnlichen Gesetz sei jedermann berechtigt, seine Ehre zu schützen. Mehr noch wie der Bürger sei der Offizier berechtigt und verpflichtet, dies zu tun. Sich auf der Straße herumzuschlagen, entspreche nicht der Stellung des preussischen Offiziers. In Zaberher mußten die Offiziere lange Zeit hindurch Beschimpfungen erdulden, ja sich förmlich vertrieben. Wenn der Oberst erkannte, daß die Zivilbehörde zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genüge, konnte er auf Grund der gesetzlichen Unterlagen selbständig eingreifen. Der Oberst befand sich im besten Glauben, das werde ihm niemand abspornen können. Der Verteidiger verurteilt dann, die Festhaltung der Verhafteten im Pandurenteller als nicht strafbar hinzustellen und wies darauf hin, daß der Vater des Obersten v. Reuter im Jahre 1870 bei Spichern den Helldobd gestorben sei und daß der Oberst die Traditionen seiner Familie hinsichtlich der Wahrung seiner Familienehre fortsetzen wolle. Es sei daher Freisprechung am Platz. Auch bezüglich des Leutnants Schab reichten die Schuldbeurteilung für eine Verurteilung nicht aus, sondern auch dieser Angeklagte freigesprochen werden müsse.

Ein Schlusswort des Obersten v. Reuter.

Es folgte ein kurzes Schlusswort des Angeklagten, Obersten von Reuter: Zunächst möchte ich nochmals sagen, daß ich das volle Bewußtsein habe, daß meine Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften geschlossen hinter mir stehen. Ich wiederhole, was ich am Anfang gesagt habe, daß das, was meine Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften getan haben, auf meinen Befehl getan wurde. Dafür übernehme ich die volle Verantwortung auch jetzt noch am Ende dieser Verhandlung. Ich habe auch heute noch die volle Ueberzeugung, daß ich gezwungen war, so zu handeln, nachdem ich mir meine Bestimmungen genau angesehen und es dann als notwendig betrachtet habe, so zu handeln. Ich glaube dabei im Einklang gewesen zu sein mit meinen Vorschriften. Ich habe unter der Notwendigkeit, allerdings unter einer bitteren Notwendigkeit gehandelt und habe so gehandelt, wie ich es vor Gott und meinem Kaiser und König zu verantworten gedenke. Auch die Festnahme der Leute war meiner festen Ueberzeugung nach durchaus notwendig. Ich glaube, daß ich auch menschlich richtig gehandelt habe; denn ich bin überzeugt, hätte ich die Leute herausgelassen, so wäre es unbedingt an jenem Tage noch zu nächtlichen Zusammenstößen gekommen, bei denen Blut geflossen wäre. Durch diese Zurückhaltung im Keller habe ich bei der Zivilverwaltung und bei der Bevölkerung die Ueberzeugung erweckt, daß es bitterer Ernst geworden war, und deshalb sind dann auch wohl weitere und stärkere Ruhestörungen in den folgenden Tagen unterblieben. Ich bin fest überzeugt, nur meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben.

Angeklagter Leutnant Schab:

Wenn ich mich befinden würde, daß ich Kornmann geschlagen habe, so würde ich es ruhig sagen. Ich habe es aber nicht getan. Ich wäre ja als Offizier durch meine Uniform aufgefallen. Meine Ehre und meine Uniform stehen mir viel zu hoch, als daß ich sie durch eine unwahre Aussage hier vor Gericht beschmutzen würde.

Verhandlungsführer:

Es haben sich noch in letzter Stunde juristische Fragen ergeben, die eine Fällung des Urteils noch am heutigen Tage unmöglich machen. Das Urteil soll am Sonnabend vormittag 10 Uhr verkündet werden.

Unterhaltendes.

Autorenhonore Goethes und Reuters. Goethe und seine Erben haben, wie das Buchhändlerbörseblatt mitteilt, im ganzen 865 000 M. vom Cotta'schen Verlag bis zum Jahre 1867, wo das Verlagsrecht erlosch, bezogen. Demgegenüber steht Friedrich Reuter bei weitem besser. Seine Werke füllten — rein quantitativ berechnet — kaum die Hälfte der Goethe'schen und haben ihm und seinen Erben doch in nur drei Viertel der Zeit die stattliche Summe von 1 100 010 M. gebracht. Das bedeutet im Verhältnis zum Werke Goethes, wenn man die geringere Menge und die kürzere Zeit in Betracht zieht, rund das Vierfache.

Was kostet die Parfüm-Inzenierung? Zahlreiche Bühnen Deutschlands sind mit Eifer an der Arbeit, Wagners „Parfüm“ vorzubereiten und ihrem Spielplan einzufügen. Das kostet viel ehrlichen Schweiß, hingebende Liebe und — nicht zu vergessen — Geld, viel Geld. Wie hoch wird nun von Fachleuten eine Parfüm-Inzenierung geschätzt? Die „Neue Theater-Zeitung“ weiß zu berichten, daß der „Parfüm“ an der größten Hofbühne des deutschen Sprachgebietes, der Wiener Hofburg, auf über 200 000 Kronen zu stehen kommt. Freilich soll an dieser Bühne das mächtige Musikdrama Wagners mit größter Pracht und Sorgfalt inszeniert werden. Natürlich hat sich auch schlaue Geschäftssinn des Gegenstandes bemächtigt und ihn fabrikmäßig ausbeutet. So werden denn die Dekorationen für die meisten Bühnen, die in ihren Mitteln etwas beschränkt sind, als Massenartikel in Wien hergestellt. Die Kosten belaufen sich dann, je nach der Größe und Gediegenheit der Aufführung, auf 50 000 bis 50 000 M. In Frankfurt und Budapest soll noch ein besonderer Vorhang aus blauem Seiden-Moiré mit dem Graßwappen in Goldstickerei, die Dekorationenwunder der Vorstellung, einleiten. Wien wird in seiner Ausstattung weit über die von Wagner selbst angeordnete Einrichtung von Bayreuth hinausgehen. Sogar ein Kinetograph wird für die Wandbilder im ersten und dritten Akt in den Dienst der Aufführung gestellt. Die Parfüm-Vorführungen verursachen den Bühnen ganz erhebliche Mehrkosten, die durch erhöhte Eintrittspreise wieder eingebracht werden sollen. Bühnen, die einigermaßen Wert auf eine geschmackvolle und stilgemäße Ausstattung legen, müssen mindestens 50 000 bis 100 000 M. aufwenden.

Ein Affe, der Tango tanzt. Auf einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie unterhielt eine Neffin namens Fräulein Fifi Cleveland während der Ueberfahrt nach Newyork die Passagiere durch ihre kurzweiligen und uffigen Späße und Bewegungen. Sie setzte aber allem die Krone auf, als sie bei einer Schlussvorstellung vor der Landung nach neuester Mode gekleidet den Jagdgästen einen richtigen tadellosen Tango vorantzte. Ganz so neu ist übrigens die Geschichte nicht. Denn auch schon vor Fräulein Fifi dürfte schon mancher „Affe“ Tango getanzt haben.

Luftschiffahrt.

Von unseren neuen Militärluftkreuzern.

Gotha, 7. Januar. Der Militärluftkreuzer „J. 6“ ist nunmehr offiziell von der Marineverwaltung angenommen worden. Das neue Luftschiff „J. 7“, das in dieser Woche seine erste Probefahrt unternimmt, ist derselbe Typ, wie die übrigen Militärluftschiffe des Zeppelin-Systems. Als Führer ist Hauptmann Gaisert vorgesehen. „J. 7“ ist das erste Militärluftschiff, das mit rein militärischer Besatzung ausgestattet ist.

Bücherschau.

Helmoltz Weltgeschichte. Unter Mitarbeit von 42 Fachgelehrten herausgegeben von Dr. Armin Tille. Zweite, neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Mit etwa 1200 Abbildungen im Text, 300 Tafeln im Farbendruck, Nekung und Holzschnitt sowie 60 Karten. 10 Bände in Galbleder gebunden zu je 12 Mark 50 Pfennig. Zweiter Band: Westasien. Mit 6 Karten, 9 Farbendrucktafeln, 30 schwarzen Beilagen und 119 Abbildungen im Text. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Der soeben erschienene zweite Band von „Helmoltz Weltgeschichte“, zweite Auflage, schließt ich inhaltlich an den ersten an: hatte dieser nach den einleitenden Abschnitten, von Ostien beginnend, die Geschichte Chinas und Japans, Ostasiens und Indiens gebracht, so wird im zweiten Band die Geschichte Westasiens von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart dargestellt.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der Beilage „Herforder Erzähler.“

Verantwortlich für Politisches und Neueste Nachrichten: Fr. Kuhle; für den übrigen redaktionellen Teil: Erich R. Maasch; für Inserate: G. Beyer, sämtlich in Herford.

Wie wird das sozialdemokratische Milizheer aussehen?

Der bekannte französische sozialistische Abgeordnete Jaurès hat ein Buch „Die neue Armee“ erscheinen lassen. (Deutsch verlegt bei Eugen Diederichs in Jena.) In diesem Buch gibt uns Jaurès ein Bild davon, wie das Milizheer aussehen soll. Da die Sozialdemokratie international und Jaurès einer ihrer Hauptführer ist, darf man wohl annehmen, daß die von ihm vertretenen Grundzüge und Ansichten für die gesamte, mithin auch für die deutsche Sozialdemokratie maßgebend sind. Es ist daher auch für uns interessant, etwas Näheres über die Organisation dieser „Neuen Armee“ zu erfahren, weil unsere Sozialisten sich darüber nie deutlich aussprechen. Ich will daher in den folgenden Ausführungen versuchen, ein Bild davon zu geben.

Interessant ist das Zugeständnis Jaurès über „den Mangel an militärischen Reigungen“ in Frankreich. Er hofft aber, daß diese Reigungen zweifellos wachsen werden, sobald erst alle Bürger mehr Verständnis dafür gewonnen und begriffen haben, wie schön die militärische Pflicht ist, wenn sie von allem Schmutz des Kasten- und Klassenwesens befreit ist. Ueber die mangelhaften militärischen Reigungen der Franzosen darf man sich durchaus nicht wundern, angesichts der schrankenlosen Verheerung von Verdun und Genossen. Wenn dieser Geist einmal untergraben ist, wird es nicht so leicht sein, ihn schnell wieder herbeizubringen, wie sich das Jaurès denkt.

Der Jaurès'sche Gesetzentwurf über die neue Heeresorganisation umfaßt 18 Artikel. Die wichtigsten Forderungen daraus sind folgende: Alle wehrfähigen Bürger im Alter von 20—45 Jahren sind verpflichtet, an der nationalen Verteidigung teilzunehmen. Vom 20. bis zum 34. Jahre gehören sie zur aktiven Armee, vom 34. bis zum 40. Jahre zur Reserve, vom 40. zur Territorialarmee (Landsturm). Die Ausbildung der aktiven Armee erfolgt in drei Phasen: Vorbereitende Schulung der Knaben und Jünglinge; Rekrutenausbildung; regelmäßig wiederkehrende Waffenübungen. Die Rekrutenausbildung soll nur sechs Monate dauern, dagegen müssen in den 14 Jahren des aktiven Dienstes acht Übungen von abwechselnd 10 und 21 Tage abgeliefert werden. Mit erscheint es doch sehr fraglich, ob in diesen acht Übungen gegenüber dem heutigen Zustand ein Fortschritt liegt. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß diese Übungen viel mehr und störender in den bürgerlichen Beruf des einzelnen eingreifen, als unsere Reserve- und Landwehrübungen.

Die Aushebung der Rekruten erfolgt an Ort und Stelle; die Staatsbürger werden den Einheiten der verschiedenen Waffen zugewiesen, entsprechend dem Gebietsteil, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Es soll also nicht vorkommen, daß ein junger Mann aus Paris z. B. seiner militärischen Pflicht in Bordeaux oder sonstwo genügt. Auf diese Weise würde der Zusammenhang des Militärs mit den übrigen Bürgern besser gewahrt und ein wirkliches Volkshoheer gebildet. Ich glaube, die Durchführung dieses Vorschlags würde, gerade für Frankreich ein sehr gefährliches Experiment darstellen. Bei einem Aufbruch in der betreffenden Gegend würde sich vielfach der größte Teil der Soldaten zu den Aufständern schlagen; die Regierung hätte also diese Truppen gar nicht mehr in der Hand.

Eigenartig ist Jaurès Plan für die Ausbildung der Offiziere und für die Heranziehung einer genügenden Anzahl derselben. Die Offizierskader sollen zu einem Drittel aus Berufsoffizieren bestehen. Ihre Ausbildung erhalten die Offiziersaspiranten durch ein vierjähriges Studium an den Universitäten, denen zu diesem Zwecke militärische Studienabteilungen

angegliedert werden. Die Hörer der militärischen Studienabteilungen müssen in ausgedehntem Maße mit den übrigen Universitätslehren an Vorlesungen über Geschichte, Literatur, Philosophie usw. teilnehmen. Die praktischen Übungen sollen sie in den Rekrutenschulen der Stadt oder des Gebietes machen. Die Beförderung von einem Rang zum anderen erfolgt erst, wenn sie an der Universität einen mindestens 20tägigen Spezialkursus durchgemacht haben, der für den neuen Rang vorbereitet. Zwei Drittel der Offiziere sollen Bürgeroffiziere sein. Diese werden der Einheit ihres Wohnortes oder einer benachbarten Einheit zugeteilt. Um zu dieser Stellung anzulösen, beziehen sie ein Gehalt und genießen in den verschiedenen öffentlichen Stellen, die sie bekleiden, einen Vorrang. Mit 50 Jahren bekommen sie ein Ruhegehalt. Wenn die Zahl der freiwilligen Offiziersanwärter nicht ausreicht, oder deren Eignung unzureichend erscheint, so kann von Amtswegen für die Ergänzung der Kader Vorkehrungen getroffen werden.

Jaurès will Vorkehrungen treffen, daß die Offizierskader auch aus Söhnen des Proletariats rekrutieren, welche die lebenslange Erinnerung und die Zeichen ihrer Abkunft bewahren. Hierzu ist aber das Eingreifen der Arbeiterorganisationen aller Art notwendig. Denn wenn der Sohn eines Proletariats durch eine bevorzugte Erziehung seinem Milieu entfremdet wird und in andere soziale Schichten gelangt, betrachtet er sich allzu oft weit weniger als Vertreter der unterdrückten Klassen, denen er entstammt, denn als Verbündeter der herrschenden Klassen, in die er eingetreten ist. Bei „Empförmelungen“ ist das ein häufiger Zug, selbst bei jenen, die durch persönliches Verdienst und eigene Anstrengung vorwärts kamen. Arbeiter, die Werkmeister, Wertmeister, die Arbeitgeber geworden, sind oft mehr versucht, ihre Macht zu mißbrauchen, als der Erbe eines großen Industriellen, der sozusagen mit der Macht aufgewachsen ist. Das sind interessante Eingeständnisse eines Sozialdemokraten und schlagen eigentlich der ganzen sozialdemokratischen Theorie ins Gesicht. Doch davon abgesehen! Jaurès will, daß auch dem zukünftigen Offizier, der aus dem Proletariat hervorgegangen ist, das Klassenkampfbewußtsein und das Bewußtsein seiner Zugehörigkeit zu den „unterdrückten Klassen“ erhalten bleibe. Wie ist das aber anzufangen angesichts der obigen Eingeständnisse? Zunächst erwartet Jaurès schon einigen Erfolg von dem Universitätsstudium, welches er, nach seinen eigenen Worten, hauptsächlich deshalb einführen will, „damit die Offiziere die richtige Beziehung zur Demokratie finden.“ Aber das genügt ihm noch nicht; er befürchtet, daß trotzdem der frühere Proletarier „ein Verbündeter der herrschenden Klassen wird, in die er eingetreten ist.“ Und er findet auch ein Mittel: „Für das Proletariat gibt es nur ein Mittel, Männer in der Armee zu haben, die zu ihm stehen, die an dauernd von seinem Einfluß und seinem Geiste geleitet werden: das Proletariat muß selbst einen Teil der Lasten und der Beaufsichtigung ihrer Erziehung auf sich nehmen. Die Arbeiterverbände, Gewerkschaften und Genossenschaften müssen von der Volks- und Bürgerschule an unter allen Knaben diejenigen auswählen, die nach dem Zeugnis der Lehrer, Abreiter und Offiziere die augenfälligste geistige und körperliche Veranlagung haben, und den wirklichen Beruf zu einer Laufbahn, die ebensoviel Studium wie körperliche Eignung erfordert. Und die Arbeitervereinigungen müssen sich mit Hilfe der Nation, aber indem sie selbst einen Teil des jährlichen Aufwandes tragen, die Pflicht auferlegen, diese Knaben an der Mittelschule und Hochschule so lange zu erhalten, bis sie sich um die Aufnahme in die Militärschulen, welche Abteilun-

gen der Universitäten sein werden, bewerben können. Dann wird zwischen diesen jungen Leuten und der organisierten, ständigen Kraft der Arbeiterklasse ein sichtbares und fühlbares Band bestehen. Dann werden sie trotz ihres Aufstieges das Gefühl haben, daß sie aus der großen proletarischen Familie nicht auscheiden. Wenn sie zurückkehren, um in der Heimatgegend das Kommando auszuüben, werden sie die Arbeiterverbände wieder um sich sehen, deren Mündel, deren Adoptivsohne sie waren und die Macht der proletarischen Organisation, in der die ganze Zukunft liegt, wird bis zu den höchsten Befehlshaberstellen durch eine Auslese von Offizieren repräsentiert sein.“ So will also Jaurès weiter dazu beitragen, das Heer der sozialdemokratischen Partei dienstbar zu machen. Er setzt sich dabei aber mit sich selbst in Widerspruch. In den langen Einleitungskapiteln hat er nämlich immer getadelt, daß die Armee ein Werkzeug der Regierung, der herrschenden Klassen ist. Hier gesteht er selbst ein, daß er sie zum Spielball sozialistischer Pläne und Zwecke machen will.

Aber auch bei der Beförderung der Offiziere will Jaurès, daß „der Wille des Volkes nicht nur über die Zusammenfassung der Kader, sondern auch über die Beförderung der Kommandanten aller Grade entscheiden soll.“ Zu diesem Zweck soll ein „Kontrollrat“ geschaffen werden, „der in jedem Regimentsergänzungsbezirk mittels des allgemeinen Stimmrechts gewählt wird. Dreißig Bürger sind so auf acht Jahre zu ernennen; alle vier Jahre ist die Hälfte dieses Rates neu zu wählen.“ Jede Brigade hat zwei Regimentsräte; jeder Regimentsrat entsendet drei Delegierte zu einem Divisionsrat, „bei dem auch die Spezialwaffen auf Grund eines ähnlichen Verfahrens in gleicher Weise vertreten sind; sei es, daß alle Bürger des Divisionsbezirks, die zur Kavallerie und Artillerie gehören, besondere Delegierte wählen, oder daß die Listen der Delegierten für den Rat eine gewisse Anzahl Artilleristen und Kavalleristen enthalten müssen.“

Was erhofft nun Jaurès von seinem Plan? Er glaubt, „wenn Frankreich dies alles ins Werk gesetzt hat, wenn es den anderen Völkern auf einem Wege vorangefahren ist, den es ohne Gefahr zuerst betreten kann, weil es sich dadurch stärkt, statt sich zu schwächen, daß dann die anderen Nationen, vor allem Deutschland, ihm folgen müssen.“ Ich glaube, weder Frankreich noch Deutschland werden irgend welche Neigung verspüren sich auf derartig gewagte Hirngespinnste eines Sozialisten einzulassen, deren Zweck nach den obigen Ausführungen durchsichtig genug ist.

Zum Schluß noch eins! Die Sozialisten schimpfen immer auf den „Moloch Militarismus“, der alles Geld verschlingt; alles besonders teuer wird unsere jetzige Heereseinrichtung hingestellt, wohingegen das Milizsystem riesig billig wäre. Ich war nun neugierig, auch über die Kosten der Jaurès'schen „neuen Armee“ endlich einmal etwas Näheres zu erfahren, da unsere Sozialdemokraten sich in dieser Beziehung nur in allgemein gehaltenen Redensarten ergießen. Aber meine Neugier und Wissbegierde wurde nicht befriedigt. In dem ganzen Buch, das auf 492 Seiten ein riesiges Material enthält, ist nicht an einer Stelle versucht worden, die finanziellen Lasten der neuen Organisation darzulegen. Sabor würde sagen: „Das läßt tief blicken.“

Dr. J. Schepp-Berlin.

Ueber die Maßregelung eines nationalliberalen Lehrers in Beutendorf (Sitzpreußen), der nach 14-jähriger Tätigkeit in diesem Ort plötzlich nach Schmeltz bei Memel versetzt worden ist, wird der „Preussische Lehrerztg.“ folgendes berichtet:

„Herr Deutler ist ein streng liberaler Mann und

hat bei der letzten Reichstagswahl gegen die konservative Partei im Wahlkreise Ortelsburg-Sensburg tapfer agitiert. Es ist ihm auch gelungen, den Bürgermeister Mey-Ortelsburg als liberalen Kandidaten aufzustellen. Ihm nun deswegen seine politische Betätigung zu verbieten, wäre eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte, und ihn deshalb im Interesse des Dienstes aus Ortelsburg herauszubringen, war schlechterdings auch nicht so leicht möglich, obwohl das alles nicht unverfugt geblieben war. Da trat nun eines schönen Tages der Beutendorfer Schulvorstand zu einer Sitzung zusammen, um unter Darlegung der verschiedensten wichtigen Gründe die Regierung in Allenstein um Verletzung des ihnen plötzlich so unangenehm gewordenen Lehrers zu bitten. Einige dieser Gründe mögen auch genannt sein: 1. Herr B. weigert sich an der Viehzählung zu beteiligen. 2. Herr B. geht nicht zur Kirchenvisitation. 3. Herr B. läßt auf die jüngeren Lehrer einen nachteiligen Einfluß aus. — Man versteht nicht, wie der Schulvorstand auf diesen schlaun Einfälle gekommen ist, wenn man bedenkt, daß Herr B. in gutem Einverständnis mit dem Schulvorstand lebte. Die Wirkung blieb nicht aus. Herr B. wurde im Juni 1912 nach Bischofsburg versetzt, wo er politisch kaltgestellt werden sollte, denn in Bischofsburg ist Zentrum Trumpf. Beinahe ebenso schnell wie die Versetzung kam, wurde sie auch wieder aufgehoben. Herr B. blieb bis auf weiteres in Beutendorf. Wie die Sache bemittelt wurde, entzieht sich dem Wissen aller Kollegen. — Nun ist aber Beutendorf in diesem Jahre mit Ortelsburg eingemeindet worden. Der Schulvorstand ist aufgelöst, und Kollege B. ist seit dem 1. Juli d. J. Lehrer in Ortelsburg. Da kommt nun nach anderthalb Jahren diese Versetzung vom Minister Herr B. wird trotz- und allem aus Beutendorf, das samt seinem Schulvorstand gar nicht mehr existiert, nach Schmeltz versetzt. Die Schuldeputation in Ortelsburg mit Bürgermeister Mey an der Spitze hat sich diesen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung feierlich gefallen lassen, ohne das geringste dagegen zu tun.“

Ein auffallendes Verbot. Der Kölner Weihbischof soll den Geistlichen der rheinischen Diözese den Theaterbesuch verboten haben. Er macht damit einen Einbruch des Papstes wirtlich, der schon vor einigen Jahren erging, der aber bisher in Deutschland nicht in Anwendung gebracht wurde. Die deutsche katholische Geistlichkeit legte keineswegs in dem Theaterbesuch sich die Zurückhaltung auf, wie sie vielfach unter den positiven evangelischen Geistlichen geübt wird. Man sah katholische Geistliche auch in sehr weltlichen Theaterstücken. Wenn dem nun auf einmal, wenigstens für die Kölner Diözese, falls die Blättermeldungen zutreffend sind, ein Ende gemacht werden soll, so müssen in der Tat besondere Gründe vorliegen. Es ist möglich, daß irgendwelche der Kirche unliebsamen Zwischenfälle die Ursache des Verbotes gewesen sind. Denn in der katholischen Kirche mit ihrer strengen Disziplin werden ganz wie beim Militär nicht selten Einzelfälle der Anlaß zu prinzipiellen allgemeinen Geboten und Verboten. Möglich ist aber auch, daß die Parität-Aussführungen, die jetzt überall in deutschen Ländern veranlaßt werden, die kirchliche Behörde zu dem Verbot des Theaterbesuchs seitens der Geistlichkeit angeregt haben, um die Geistlichen vor dem Anblick einer Abendmahlsszene auf dem Theater zu behüten. Gewiß gibt es ja auch andere Stände, in denen das Abendmahl auf offener Szene gespendet wird, wir erinnern nur an Schillers „Maria Stuart“, aber nirgends steht gerade die religiöse Feier so sehr im Mittelpunkt der Handlung wie im „Parität.“

Buntes Allerlei.

Das laubere Berlin. Berlin gilt als die sauberste Stadt der Welt. Aber die Kosten der Sauberkeit sind, wie das Kommunalblatt für Ehrenbeamte erzählt, auch nicht unbedeutend. Für die Reinigung der Straßen unterhält Berlin ständig 2129 Arbeiterkräfte, die im letzten Berichtsjahre 3 255 000 M. an Löhnen erhalten haben. Dazu kommen noch die Gehälter für den Direktor des städtischen Straßenreinigungswesens, für den Subdirektor, 9 Oberaufseher, 71 Aufseher usw. Für Geräte wurde rund eine Viertel Million ausgegeben, u. a. wurden 42 020 Pfahlsäulen, 40 Säulenaufständer, 45 550 kleinere Besenstücke angeschafft. 34 Straßenmaschinen waren 1912 in Tätigkeit, darunter 24 mit Elektromotor, ihre Zahl wurde in diesem Jahre um 16 vermehrt, 20 neue forbert noch der Magistrat. Solch eine elektromobile Maschine reinigt in der Stunde eine Straßenfläche von 36 800 Quadratmetern, im achtstündigen Arbeitstage also eine Fläche von 344 000 Quadratmetern, wofür eine Ausgabe von 18,55 M. entsteht. Man darf nicht vergessen, daß die täglich zu reinigende Straßenfläche 7 444 095 Quadratmeter beträgt. Neben den Straßenreinigungsmaschinen (Säulwagen) sind 11 Rehrmaschinen in Tätigkeit, die im Jahre 1912 nicht weniger als 1692 Tonnen Kothäufungen verbrachten; der Satz hat durchschnittlich 20 Arbeitstage vorgehalten. Welche Arbeit diese Rehrmaschinen nebst dem Heer der Straßenreiniger zu leisten haben, das geht aus einer einzigen Zahl hervor: 159 715 Fuder Rehrschutt wurden im Jahre 1912 abgefahren, also durchschnittlich 438 Fuder täglich. Dafür erhielten die Unternehmer rund 1 325 000 Mark, dazu kamen noch Kosten für Schneearbeit — der Winter 1912 belastete den Stadtkassendirektor nicht allzusehr — in Höhe von 117 000 M.

Spielplätze in Berlin. Eine der erfreulichsten Taten auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ist die Anlage und Unterhaltung von großen Spiel- und Sportplätzen im Innern der Stadt. Auf diesem Gebiete dürfte Berlin an erster Stelle stehen. Hat es doch im Laufe der beiden letzten Jahre nicht weniger zehn Millionen dafür ver-

ausgabt. Dafür gehören aber auch der Jugend in Berlin rund 168 Hektar, die sich auf eine stattliche Anzahl großer Plätze in allen Gegenden der Stadt verteilen. 104 Hektar davon liegen in den entfernteren Vororten wie Treptow, Blankensee usw. Gerade für diese Gebiete wäre eine Erweiterung dringend wünschenswert, da dort viel Arbeiterbevölkerung wohnt, und Privatgärten gerade nicht allzu häufig sind. Man beabsichtigt, hier auch Fährwege zu treffen und soweit als möglich, Gelegenheiten zum Wassersport zu schaffen.

Das letzte Vertrauensvotum für Napoleon vor hundert Jahren. Am 30. Dezember 1813, also zwei Tage bevor Napoleon über den Rhein ging, wurde Napoleon in Paris das letzte Vertrauensvotum vor seinem Sturz vom Senat überreicht. Der geschlagene Kaiser war noch einmal bemüht, eine Armee zusammenzutreiben und machte sich gerade in dieser Zeit mit dem Senat gut zu stellen suchen. Zwar fielen auch in dieser Körperlichkeit einzelne Ausdrücke, die sich gegen die Herrschaft Napoleons richteten, aber im allgemeinen blieb der Senat für den Imperator immer noch eine willfährige Körperschaft. Am 22. Dezember hatte der Senat beschlossen, eine besondere Kommission einzusetzen, die eine Adresse an den Kaiser ausarbeiten sollte. Diese Adresse war am 27. Dezember fertig gestellt, und der Präsident suchte um eine Audienz nach, um sie überreichen zu können. Der Empfang wurde auf den 30. Dezember festgesetzt. Der Moniteur, das Organ der napoleonischen Regierung, berichtete darüber unter dem 31. Dezember: „Gestern, Donnerstag, den 30. Dezember, um 2 Uhr empfing Seine Majestät der Kaiser und König auf Ihrem Thron, von den Prinzen Großherzögen, den Ministern, den Großbeamten, den Großbedien der Ehrenlegion und Ihrem Hofstaat umgeben, den Senat. Seine Erzelenz der Herr Graf von Narbonne, Präsident des Senats überreichte Seiner Majestät nachstehende Adresse.“ Darin war zwar die Schmeichelei nicht mehr so dick aufgetragen, wie bei früheren Anlässen, immerhin war aber die Adresse, in der der Senat seine ehrenden Ergebnisse auspricht, immer noch ein vollkommenes Vertrau-

ensvotum. An der Antwort Napoleons ist bemerkenswert, daß er dabei zum ersten Male vor Franzosen auspricht, daß er sein Reich auf Frankreichs Grenzen beschränken wolle. Die Stelle lautet: „Es ist nicht mehr die Rede davon, die Eroberungen, die wir gemacht haben, wieder zu erlangen.“ Freilich dürfte dieser Passus mehr an die Adresse der gegen Napoleon zu Felde gezogenen Kämpfer als an die Franzosen gerichtet gewesen sein. Napoleon beabsichtigte damit, in erster Linie den Kaiser von Österreich, seinen Schwiegervater, von der Koalition abzugleichen. Gleichzeitig forderte aber Napoleon in der Rede sein Volk auch sehr energisch zur Verteidigung auf. Dann mußte er wieder ins Feld ziehen, und der Senat kam nicht mehr in die Lage, dem Kaiser das Vertrauen auszusprechen. Der Empfang des Senats am 30. Dezember 1813 war auch die letzte Audienz vor dem ersten Sturz, bei dem Napoleon von seinen sämtlichen Großwärtenträgern umgeben war.

Wieviel Strom wird verheizt? Man hat sich schon vielfach daran gewöhnt, mit elektrischem Strom zu heizen und zu kochen. Welchen Umfang aber diese Art der praktischen Wärmeherzeugung schon angenommen hat, geht aus dem „Statistischen Jahrbuch der Elektrizitätswerte für 1913“ hervor, das im Verlag von Julius Springer in Berlin alle zwei Jahre erscheint. Danach wurden für diese Zwecke im Vorjahre 73 000 und im letzten Jahre 83 000 Kilowatt verbraucht. Das ist gegenüber den 3,8 Millionen Kilowatt, die im letzten Jahre erzeugt wurden, zwar noch nicht so sehr bedeutend, doch zeigt es immerhin, daß die Hausfrauen sich mehr und mehr daran gewöhnen, statt mit Kohle oder Gas, mit Strom zu heizen und zu kochen.

Vom Nordpol ins Cafe. Dr. Coof, der „berühmte“ Entdecker des Nordpols, dessen Streit mit seinem Kontrahenten Peary noch nicht beendet ist, kam in diesen Tagen in London an. Er hat mit dem Besitzer eines der größten Cafés in der englischen Hauptstadt einen fünfmonatigen Vertrag abgeschlossen und sich zu einem allabendlichen Auftreten verpflichtet. Seine beiden Freunde, die beiden Eskimos Ah-Ni-La und Goud-

Tschont, die angeblich mit ihm am Nordpol waren, treten zugleich mit dem famosen Amerikaner auf. Später will Dr. Coof eine große „Tournee“ durch die Provinzen machen, um so jeden Zweifel zu heben, daß er etwa nicht den Nordpol entdeckt hätte.

- Die 13 Jrethümer des Lebens.** Montoul, einer der bekanntesten Richter in London, hat jüngst aus dem reichen Vorrat seiner Erfahrungen 13 Sätze aufgestellt, die er als die „Jrethümer des menschlichen Lebens“ bezeichnet. Sie lauten — so sagt er — heißt, sich niemals im Leben Schmach bieten lassen. Diese 13 Jrethümer sind:
1. Seine eigene Richtung zwischen Gut und Böse zu ziehen und glauben zu wollen, daß die ganze Welt sich darum kümmerge;
 2. Zu behaupten, mit seiner eigenen Idee die Freuden anderer messen zu können;
 3. Sich der Ueberzeugung hingeben, es könne in dieser Welt Gleichheit der Ansichten geben;
 4. Von der Jugend Urteilskraft und Erfahrung zu erwarten;
 5. Sich abmühen zu wollen, alle Charaktere in einem Topf zu tun;
 6. Auch nicht den kleinsten Schritt zurückzugehen, wenn es sich um Kleinigkeiten handelt;
 7. Vollkommenheit in seinen eigenen Handlungen zu suchen;
 8. Sich und andere mit Dingen zu quälen, die sich doch nicht ändern lassen;
 9. Jedermann stets und überall helfen zu wollen, selbst wenn man es könnte;
 10. Eine Sache für unmöglich zu halten, weil sie gerade uns so erscheint;
 11. Nicht das glauben wollen, was unser eigener dummer Verstand nicht begreifen kann;
 12. Durchaus keinen Wert auf die Schwächen anderer legen zu wollen;
 13. Die Menschen nur nach einer gewissen äußeren Eigenschaft einzuschätzen, obgleich nur ihr innerer Wert anschlauoggebend bleibt.

